

# Städtische Unternehmungen

## Wiener Stadtwerke

Die österreichische Wirtschaft befand sich an der Jahreswende 1970/71 in der Spätphase eines der längsten und kräftigsten Konjunkturaufschwüngen seit Kriegsende. Mit einer Wachstumsrate von rund 7 Prozent lag Österreich 1970 an der Spitze der westeuropäischen Industrieländer, die durchschnittlich nur rund 5 Prozent erreichten; in den USA stagnierte die Wirtschaft sogar in diesem Jahr. Auch die Wiener Wirtschaft konnte im Jahre 1970 erfreuliche Fortschritte verzeichnen. Die Betriebe waren mit Aufträgen eingedeckt, und alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte konnten beschäftigt werden.

In der wirtschaftlichen Lage der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung sowie in der der einzelnen Teilunternehmungen haben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen ergeben. Weiterhin stand dem Steigen der Leistungserlöse ein überproportionales Anwachsen der Aufwendungen, und hier vor allem der Personalaufwendungen, gegenüber, so daß die Erfolgsrechnung ungeachtet eines Zuschusses der Stadtverwaltung an die Verkehrsbetriebe von 200 Millionen Schilling wieder mit einem Verlust abschloß. Somit konnte das im Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien geforderte wirtschaftliche Ziel der Ertragslenkung, nach dem die Erträge die Aufwendungen decken, die Wirtschaftssubstanz der Anlagen erhalten sowie die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung gewährleisten sollen, für die Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung nicht verwirklicht werden.

Die Ursache für die wirtschaftliche Schwäche der Wiener Stadtwerke liegt nach wie vor in der Finanznot der Verkehrsbetriebe, die das wirtschaftliche Gesamtbild der Wiener Stadtwerke in hohem Maße beeinträchtigt. Während sich bei den Elektrizitätswerken und den Gaswerken der laufende Energieverbrauchszuwachs ertragsmäßig günstig auswirkte, war es trotz der Subventionen durch die Elektrizitätswerke und durch die Stadtverwaltung bei den Verkehrsbetrieben nicht möglich, die ungünstige Erfolgsentwicklung abzubremesen. Dieser Trend zeigt sich allerdings nicht nur bei den Wiener Verkehrsbetrieben, man findet ihn bei fast allen großstädtischen Nahverkehrsunternehmungen.

Abgesehen von dem noch immer anhaltenden Anwachsen des Individualverkehrs und den sich daraus ergebenden verkehrstechnischen Problemen ist der wundeste Punkt der Verkehrsbetriebe die Kapitalschwäche, die sich aus einer jahrelang währenden Verlustsituation und der dadurch bedingten Aufzehrung der Eigenkapitaldecke ergeben hat. Den Verkehrsbetrieben fehlt Eigenkapital vor allem in Form von Finanzierungsmitteln, so daß sie gezwungen sind, ausschließlich mit teurem Fremdkapital zu arbeiten, das sie außerdem aus eigener Kraft voraussichtlich nicht mehr zurückzahlen werden können. Auf Grund dieser Entwicklung steigt die Zinsenbelastung von Jahr zu Jahr an. Da weiterhin Jahr für Jahr neues Fremdkapital aufzunehmen ist und ein Abschluß dieser Entwicklung noch nicht abzusehen ist, werden die jährlichen Tilgungsraten in stetig zunehmendem Maß auf die Verkehrsbetriebe zurückfallen und die auch in Zukunft zu erwartende Finanzschwäche noch ungünstiger beeinflussen. Aber nicht nur die Kapitalschwäche als solche beeinträchtigt die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Verkehrsbetriebe, sondern auch das Personalproblem. Während sich nämlich die Personalknappheit von Jahr zu Jahr verschärft, sind es vor allem die Kosten für das Personal, die die Erfolgsrechnung der Verkehrsbetriebe seit Jahren auf das schwerste belasten. Die so unvergleichlich ungünstige Situation der Verkehrsbetriebe liegt darin, daß sie die wesentlichen Komponenten ihres Aufwandes ebensowenig wie die des Ertrages beherrschen oder auch nur maßgebend beeinflussen können. Sie sind aus der Natur ihrer Leistungen heraus ein extrem lohnintensives Unternehmen. Entsprechend starken Einfluß weist daher die steigende Entwicklung auf dem gesamtwirtschaftlichen Lohnsektor gerade auf das Erfolgsbild der Verkehrsbetriebe auf. Hierbei ist noch zu bemerken, daß die Verkehrsbetriebe infolge der als besonders ungünstig empfundenen Dienstzeitregelung für ihr Personal gezwungen sind, diesen Nachteil durch eine attraktive Lohngestaltung auszugleichen. Eine gewisse Entspannung der finanziellen Situation ergab sich durch die Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke durch die Stadtverwaltung.

Ein Tarifvergleich mit anderen Verkehrsbetrieben zeigt, daß diese bei den Preisnachlässen absolut eine Spitzenposition einnehmen. Allein die Differenz zwischen den von den Wiener Verkehrsbetrieben gewährten Sozialtarif-Rabattsätzen und den vom Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland herausgegebenen und empfohlenen Durchschnittssätzen bedeutet für die Verkehrsbetriebe eine jährliche Mindereinnahme von rund 320 Millionen Schilling. So notwendig und berechtigt die Sozialtarife vom sozialpolitischen Standpunkt sind, stellen sie doch eine von außen kommende Belastung der Verkehrsbetriebe dar, die zur ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung stark beigetragen hat.

Mit dem Anwachsen des Bedarfs der modernen Verbrauchsgesellschaft an Energie in Form von Strom und Gas sowie des Individualverkehrs, der immer größere Teile der öffentlichen Verkehrsflächen okkupiert, nimmt auch das Verlangen nach schnelleren, bequemeren und damit kostspieligeren Massenverkehrsmitteln zu. Da diese Entwicklungen einen progressiven Verlauf nehmen, sind die Investitionen der Wiener Stadtwerke nicht an dem gegenwärtigen, sondern an dem zukünftigen Bedarf der Bevölkerung zu orientieren. Dies führte im Jahre 1970 zu finanziellen Belastungen, die wieder nur durch die Aufnahme langfristigen Fremdkapitals gemeistert werden



konnten, wodurch sich allerdings auch ein weiteres Ansteigen der langfristigen Fremdverschuldung mit allen negativen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen ergab. Trotzdem konnte die Versorgung der Bevölkerung klaglos aufrecht erhalten und das wirtschaftliche Geschehen ohne Preiskorrekturen gemeistert werden.

Insgesamt investierten die Wiener Stadtwerke in den Jahren 1964 bis 1970 rund 7,8 Milliarden Schilling, was sich auf das Wiener und das österreichische Wirtschaftsgeschehen positiv auswirkte. Die hohen Investitionen brachten Handel, Gewerbe und Industrie in Wien eine Fülle von ansehnlichen Aufträgen. Besonders für das Bau- und das Baubengewerbe ist durch große Projekte wie die Errichtung der Wiener U-Bahn für Jahre Arbeit gesichert. Außerdem bieten derartige Bauvorhaben den Firmen die Möglichkeit, ihre Maschinen und Geräte zu modernisieren und sich rationellen Arbeitsmethoden zuzuwenden.

Das den Wiener Stadtwerken im Jahre 1970 zugeflossene Fremdkapital bestand aus dem Erlös einer siebenprozentigen Wiener Stadtanleihe im Gesamtnominal von 500 Millionen Schilling sowie je einem langfristigen Kredit der Wiener Hypothekenanstalt von 150 Millionen Schilling und der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt von 100 Millionen Schilling. Diese Fremdmittel wurden auf die Teilunternehmungen aufgeteilt, und zwar erhielten die Elektrizitätswerke 46,26 Prozent, die Gaswerke 16,78 Prozent und die Verkehrsbetriebe 36,96 Prozent.

Neben anderen Krediten wurden seit dem Jahre 1961 von den Wiener Stadtwerken Investitionsanleihen von 500, 300, 500, 400, 350, 400, 500 und neuerlich 500 Millionen Schilling pro Jahr aufgenommen, im Jahre 1968 überdies eine Anleihe in Deutschen Mark im Gegenwert von 420 Millionen Schilling. Demnach betrug die Summe der aus Anleihen stammenden Gelder 3.870 Millionen Schilling. Da bei einem Großteil dieser Anleiheschulden die jährliche Tilgung bereits im Laufen ist, verminderte sich dieser Schuldbetrag mit 31. Dezember 1970 auf 3.438 Millionen Schilling. Aus weiteren langfristigen Krediten hatten die Wiener Stadtwerke in dem selben Zeitpunkt 1.303 Millionen Schilling zusätzliche Schulden, so daß sich der Gesamtstand an langfristigen Schulden auf rund 4,7 Milliarden Schilling belief.

Das Anlagevermögen der Wiener Stadtwerke hatte zu Ende des Jahres 1970 einen Wert von rund 11,5 Milliarden Schilling. Demnach wurden rund 40 Prozent der gesamten Anlagen aus Fremdmitteln finanziert, was zugleich bedeutet, daß ohne die Aufnahme von Fremdkapital eine ausreichende Versorgung der Stadt Wien mit Energie und Verkehrsleistungen längst nicht mehr hätte gewährleistet werden können, es sei denn, es wären starke Tarifierhöhungen vorgenommen worden. Dies schon deshalb, weil auch Rationalisierungsmaßnahmen wie der Einmannbetrieb bei den Verkehrsbetrieben nicht hätten durchgeführt werden können. Die überalterten, unbequemen Verkehrsmittel hätten zudem im Verein mit einem ungebremsen Kostenanstieg zu wachsenden Frequenz- und Erlöseinbußen und damit zu einem rapiden Verfall des Massenverkehrsmittels Straßenbahn geführt, um nur eine der durch die Fremdkapitalaufnahme verhinderten Folgen zu nennen.

Neben dem Ansteigen des Fremdkapitals führte die ungünstige Erfolgsentwicklung der Wiener Stadtwerke in den letzten Jahren zu einer stärkeren Verkürzung der Eigenkapitaldecke, die mittels hoher Kapitalaufstockungen durch die Stadt Wien in nur ungenügendem Maße aufgefangen werden konnte.

Die vom Gemeinderat am 20. November 1970 beschlossene Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke durch die Stadtverwaltung, die ab 1971 erfolgen soll, bewirkt eine wesentliche Änderung. Statt der den Wiener Stadtwerken in den letzten Jahren zugeführten Subventionen von 150 bis 200 Millionen Schilling pro Jahr ist nun mit einem jährlichen Geldzufluß von rund 500 Millionen Schilling pro Jahr zu rechnen, der sich mit dem Anwachsen der auszahlenden Pensionen im Laufe der Jahre erhöhen wird, was für die Wiener Stadtwerke wesentlich vorteilhafter ist als eine jährlich gleichbleibende Subvention. Gleichzeitig ergibt sich eine beachtliche Strukturverbesserung bei der Bilanz, weil die Notwendigkeit, eine Rückstellung für die Pensionen zu bilden, durch die Übernahme der Pensionslasten nunmehr entfällt. Diese Rückstellung betrug bei Ausklammerung der Städtischen Bestattung zu Ende des Jahres 1970 rund 4,7 Milliarden Schilling und war bisher gewissermaßen als Schuldpost gegenüber den aktiven Bediensteten und den Pensionisten der Wiener Stadtwerke anzusehen, somit Fremdkapital. Da sich die Stadtverwaltung bereit erklärte, auf die nunmehr gegenüber den Wiener Stadtwerken entstandene Forderung gleicher Höhe zu verzichten, wird aus der bisherigen Pensionsrückstellung Eigenkapital. Diese Kapitalaufstockung erfolgte noch mit 31. Dezember 1970 und verbesserte schlagartig die Bilanzstruktur der Wiener Stadtwerke, so daß sich der Eigenkapitalanteil von bereits weniger als 17 Prozent wesentlich erhöhte. Da ab 1971 auch sämtliche Aufwandsposten, die mit der Pensionszahlung zusammenhängen, wegfallen, ergibt sich in Zukunft eine Erfolgsverbesserung von jährlich rund 800 Millionen Schilling.

Von großer organisatorischer Bedeutung war die im Jahre 1970 von der Magistratsdirektion getroffene Entscheidung, die gesamte elektronische Datenverarbeitung der Stadt Wien auf zwei Rechenzentren auszurichten, wobei eine Anlage im Rathaus und die andere bei den Wiener Stadtwerken installiert sein soll. Dieser Entscheidung zufolge wird die im Direktionsgebäude der Gaswerke bestehende zentrale Datenverarbeitungsanlage zu der im Direktionsgebäude der Elektrizitätswerke eingerichteten verlegt. Die organisatorische und technische Vereinigung beider Anlagen zum „Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke“ wird voraussichtlich im Jahre 1971 vollzogen sein. Für den Systemaufbau des Rechenzentrums ist günstig, daß die Lieferung der beiden im Jahre 1970 bestellten leistungsgrößereren elektronischen Datenverarbeitungsanlagen zeitlich mit dem Abschluß der zur Aufnahme des Rechenzentrums notwendigen Umbauten zusammenfällt und somit keine Unterbrechung in der elektronischen Datenverarbeitung der Wiener Stadtwerke eintreten wird.

Gut vorangegangen ist die gemeinsam mit den zentralen Abteilungen Materialbewirtschaftung, Einkauf und Datenverarbeitung im Jahre 1970 begonnene Umstellung des Materialwesens der Wiener Stadtwerke auf ein



Material-Informations-Dispositions- und Abrechnungssystem, so daß voraussichtlich ab Februar 1971 maschinenbare Materialbelege von den materialanfordernden Stellen hergestellt werden können. Mit dieser Organisation ist der Übergang von der Materialbewertung nach Standardpreisen auf echte Mischpreise verbunden.

Im Jahre 1970 langte auch die Expertise einer Beratungsfirma über die Zweckmäßigkeit des Zusammenzuges der Teilunternehmungen mit der Generaldirektion in ein Zentralgebäude der Wiener Stadtwerke ein. Die Expertise wurde einer gemeinsamen Überprüfung durch alle davon betroffenen Stellen zugeführt, doch sind Entscheidungen erst für 1971 zu erwarten.

Die im September 1970 angelaufene „Vorschlagsaktion der Stadt Wien“ zeitigte insofern gute Ergebnisse, als bis zum Jahresende allein bei den Wiener Stadtwerken 100 Verbesserungsvorschläge eingereicht wurden.

Von der zentralen Abteilung für Innenrevision wurden im Jahre 1970 insgesamt 81 Prüfberichte erstellt. Von den Ordnungsprüfungen sind die unvermuteten Kontrollen in sämtlichen Materiallagern der Wiener Stadtwerke, die Überprüfung der Werkstättendienste, der Bewachungsdienste und Reinigungsarbeiten wie auch der Fahrleistungen beamteneigener und betriebs eigener Kraftfahrzeuge besonders hervorzuheben. Bei diesen und anderen Überprüfungen sowie bei Organisationsuntersuchungen haben sich wie alljährlich bedeutsame Verbesserungen und Ersparnisse beim Personal- und Sachaufwand ergeben.

Die Zahl der von den Wiener Stadtwerken Beschäftigten verringerte sich im Jahre 1970 ungeachtet von 716 Zugängen um insgesamt 395. Hierbei fällt eine sehr unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Teilunternehmungen auf. Während die Beschäftigtenzahl bei der Bestattung um 15 zunahm und bei den Elektrizitätswerken mit 9 Abgängen nahezu unverändert blieb, sank bei den Verkehrsbetrieben der Personalstand um 301 Bedienstete ab. Bei den Gaswerken waren infolge der Einstellung des Kammerofenbetriebes um 100 Bedienstete weniger beschäftigt. Zusätzlich der 493 im Laufe des Jahres 1970 in den Ruhestand Versetzten, erhielten zu Jahresende 17.741 Personen Ruhe- und Versorgungsbezüge, um 266 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

In der Personalsituation brachte das Jahr 1970 keine Verbesserung gegenüber den vorhergegangenen Jahren. Die Personalknappheit verschärfte sich sogar vielfach, als mit 5. Jänner 1970 die Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 43 Wochenarbeitsstunden wirksam wurde. Ein Ausgleich war nur durch vermehrte Überstundenleistung zu schaffen. Es bestand vor allem Mangel an kaufmännischem Personal, Elektrikern, Straßenbahnfahrern, Autobuslenkern und Hilfsarbeitern. Da die bisherigen Werbemittel nicht immer den erhofften Erfolg brachten, wurde versucht, mit zum Teil bisher bei den Wiener Stadtwerken noch nicht angewendeten Werbemethoden einen größeren Effekt der Personalwerbung zu erzielen. Größere Werbeaktionen wurden während der Frühjahrs- und der Herbstmesse sowie am „Tag der offenen Tür“ durchgeführt. Während der Frühjahrs- und Herbstmesse wurden am Messestand der Verkehrsbetriebe Faltprospekte verteilt, Werbedurchsagen sollten die in dem Werbematerial enthaltenen Informationen ergänzen. Am „Tag der offenen Tür“ verteilten weibliche Bedienstete der Verkehrsbetriebe im Rathaus an die Besucher Werbezettel. Da die an diesem Tag gebotene Möglichkeit, Autobusprobefahrten durchzuführen, beim Publikum Anklang fanden, erhielten Interessenten auch Gelegenheit zu Probefahrten mit Straßenbahntriebwagen. Ein an diesem Tag in der Mariahilfer Passage eingerichtetes Kontaktzentrum der Verkehrsbetriebe und Führungen für Handelsschulen durch die Datenverarbeitungsanlage der Wiener Stadtwerke waren weitere Versuche, Personal zu gewinnen. Zuzufolge der Genehmigung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, als der zuständigen Aufsichtsbehörde, besteht nunmehr die Möglichkeit, auch Frauen als Fahrerinnen einzusetzen. Zu Ende des Jahres 1970 versahen 8 Frauen als Fahrerinnen Dienst. Im übrigen war es den Wiener Stadtwerken nur dank verschiedener Rationalisierungsmaßnahmen möglich, ihren Verpflichtungen gegenüber der Wiener Bevölkerung nachzukommen.

Da in absehbarer Zeit kaum mit einer wesentlichen Änderung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist, werden auch in Zukunft alle sich bietenden Einsparungsmöglichkeiten voll genutzt werden. Es wird erwartet, daß die im Rahmen der Aktion „Mitdenken macht sich bezahlt“ einlangenden Verbesserungsvorschläge Hinweise für eine moderne, attraktivere und billigere Betriebsführung und Verwaltung bringen werden.

Besonderer Wert wird auf die Schulung der Bediensteten gelegt. Nach dem Besuch von Kursen bestanden 21 Bedienstete die Fachprüfung für den Verwaltungsdienst, 103 Bedienstete die Fachprüfung aus dem Kanzleidiens und 2 Fachbedienstete des technischen Dienstes die einschlägige Prüfung. Neben dieser Schulung, die den Bediensteten die Kenntnisse für die praktische Berufsausübung vermitteln soll, bestand für interessierte Bedienstete die Möglichkeit, bei den im Rahmen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien abgehaltenen Vorträgen, Diskussionen und Exkursionen zusätzliches Wissen zu erwerben. Besonderen Anklang fand eine Exkursion, bei der auch ein Vortrag zu dem Thema „Das neue elektronische Datenverarbeitungssystem bei den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken“ gehalten wurde.

Der Ausbildung von Lehrlingen kommt, angesichts der gegebenen Personalknappheit, besondere Bedeutung zu. Erfahrungsgemäß bleibt die überwiegende Zahl der Lehrlinge nach Ablauf der Lehrzeit den Wiener Stadtwerken erhalten, wodurch es möglich ist, den dringenden Bedarf an kaufmännischem Personal zu decken. Die guten Erfahrungen mit den kaufmännischen Lehrlingen waren Anlaß zu dem erstmals im Jahre 1970 unternommenen Versuch, Lehrlinge zu technischen Zeichnern auszubilden. Zu Jahresbeginn standen bei den Wiener Stadtwerken 197 kaufmännische Lehrlinge in Ausbildung. Von diesen befanden sich 72 im ersten Lehrjahr, 64 im zweiten und 61 im dritten Lehrjahr. Am 1. September 1970 konnten 70 kaufmännische und 3 technische Zeichnerlehrlinge neu eingestellt werden. Am Jahresende betrug der Stand der Lehrlinge 184. Der Zentraljugendbetreuer und die zu seiner Unterstützung in den Teilunternehmungen bestellten Jugendbetreuer überwachten die praktische Ausbildung der Lehrlinge, die nach einem Ausbildungsplan durchgeführt wird, der es den Lehrlingen ermöglichen soll,



sämtliche Bereiche der jeweiligen Teilunternehmung kennenzulernen. Die Lehrlinge und Jugendlichen Angestellten nahmen, wie auch in früheren Jahren, an Wettbewerben, wie Berufswettkampf, Maschinschreib- und Stenographiewettbewerb, teil. Außerdem wurde ein Jugendbetreuungsprogramm durchgeführt, das für Lehrlinge sowie für jugendliche Angestellte vorgesehen war und Fachvorträge, Exkursionen, Theaterbesuche, Filmvorführungen und eine Frühlingsparty in der Stadthalle umfaßte.

Das 50jährige Dienstjubiläum konnte im Jahre 1970 ein Bediensteter begehen, 22 Bedienstete feierten das 40jährige und 560 das 25jährige Dienstjubiläum. Als Anerkennung erhielten die Jubilare neben den vom Bürgermeister gefertigten Diplomen als Jubiläumsgabe Remunerationen. In Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich wurden 5 Bedienstete der Wiener Stadtwerke vom Bundespräsidenten durch die Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet.

An den Blutspendeaktionen des Jahres 1970 beteiligten sich insgesamt 1.775 Bedienstete freiwillig. Die Blutspenden kamen der Blutbank des Allgemeinen Krankenhauses und dem Sanatorium „Hera“ der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien zugute.

Zur Unfallverhütung waren in den Teilunternehmungen Sicherheitsingenieure bestellt. Sie überwachten die Einhaltung der behördlichen und internen Dienstvorschriften und sorgten für geeignete Maßnahmen, um die Unfallhäufigkeit zu senken. Wie statistisch erwiesen, war Unachtsamkeit die häufigste Unfallsursache. Hier sollte Aufklärung eine Besserung bringen, weshalb Nachrichtenblätter, wie „BS — Betriebssicherheit“ und „Sichere Arbeiten“ sowie andere einschlägige Broschüren regelmäßig verteilt wurden. Die Sicherheitsingenieure nahmen an den Fachtagungen des Arbeitskreises „Sicherheitstechnik“ teil. Neuerdings hat sich die Unfallverhütung auf Grund des Strahlenschutzgesetzes mit dieser modernen Gefahrenquelle auseinanderzusetzen. Weiters wurden Erste-Hilfe-Kurse sowie eine Tetanus-Impfaktion durchgeführt und Vorträge zum Thema Unfallverhütung in den Teilunternehmungen gehalten. Bediensteten, die bei der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gesundheitlich besonders gefährdet sind, wurden periodisch einer ärztlichen Untersuchung unterzogen.

Das Jahr 1970 brachte den aktiven Bediensteten wie den bereits in den Ruhestand getretenen in verschiedener Hinsicht eine Besserstellung, wie bereits im Kapitel „Personalangelegenheiten“ ausgeführt wurde. Speziell für die Bediensteten der Wiener Stadtwerke wurden erwirkt: eine Vermehrung der zusatzfreien Tage für Bedienstete im Fahr- und Revisionsdienst von 26 auf 35 Tage im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung; eine Zulage für Autobuslenker-Lehrer der Verkehrsbetriebe ab 1. April 1970; eine höhere Entlohnung der Wagenrevisionsbediensteten für Fahrdienstleistung an Feiertagen im Anschluß an eine normale Dienstschicht ab 1. August 1970; eine Zulage für die im Informationsautobus aus Anlaß der Erdgasumstellung beschäftigten Bediensteten der Gaswerke ab 1. September 1970; eine vermehrte Inspektionsdienstzulage der Gaswerke ab 1. November 1970 sowie ein um etwa 20 Prozent erhöhtes Kilometergeld für beamteneigene Kraftfahrzeuge ab 1. Juli 1970. Ferner wurden Dienstposten, den erhöhten Anforderungen entsprechend, besser bewertet.

Diese Verbesserungen verursachten eine beträchtliche Erhöhung des für Aktivbezüge sowie für Ruhe- und Versorgungsgenüsse aufzuwendenden Betrages. Die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage zur Pensions- und Unfallversicherung sowie des Beitragssatzes zur Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten um je 0,25 Prozent, aber auch die Zahlung von Ausgleichstaxen nach dem Invalideneinstellungsgesetz 1969 brachten eine Steigerung des Sozialaufwandes mit sich. Gegen Ende des Jahres 1970 wurde schließlich mit den sehr umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die Anrechnung von Vordienstzeiten auf Grund der 1. Novelle der Dienstordnung, die mit 1. Jänner 1971 wirksam wird, begonnen.

## Elektrizitätswerke

Das Jahr 1970 brachte weltweite Versorgungsschwierigkeiten auf dem Energiesektor, die in Österreich mit Sommerbeginn ihren Höhepunkt erreichten. Ursachen hierfür waren die außerordentlich starken Produktionszuwächse der energieintensiven Branchen, der überaus starke Boom in der Eisen- und Stahlindustrie und eine rasche Bedarfszunahme bei Heizmaterial, weil der Winter 1969/70 kalt war. Noch dazu war im Jahre 1969 die Wasserführung der Flüsse extrem ungünstig, so daß die kalorische Stromerzeugung Höchstwerte erreichte und die Kohlen- und Heizölvorräte der Kraftwerke rasch schrumpften. Die Zuwachsraten des Energieverbrauches lagen in den Jahren 1968 und 1969 weit über der prognostizierten mittelfristigen Wachstumsrate von 4 Prozent, auch im Jahre 1970 wurde abermals eine Zuwachsrate von rund 7,5 Prozent erreicht. Das Energieangebot konnte mit dieser Verbrauchszunahme nicht Schritt halten.

Die Wiener Elektrizitätswerke verzeichneten im Jahre 1970, verglichen mit dem Vorjahr, sogar eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfs um 9,8 Prozent, also von rund 3,469.000 MWh auf 3,807.583 MWh. In Wien hat sich der gesamte Energiebedarf seit dem Jahre 1937 um 735,5 Prozent erhöht. In dieser schwierigen Situation zeigten sich die außerordentlichen Vorteile der Erdgas-Politik der Wiener Stadtwerke. Das für viele Jahre vertraglich gesicherte Angebot sowjetischen Erdgases ermöglichte es den Wiener Stadtwerken nicht nur, auch bei der bereits erwähnten geringen Wasserführung der Flüsse die ungestörte Stromversorgung zu gewährleisten, es gelang darüber hinaus, durch den Erdgaseinsatz in den auf die Verwendung von Heizöl schwerer Sorte ausgerichteten Kraftwerken größere Mengen an Heizöl einzusparen, die der Industrie zugute kamen.

Es ist weiterhin damit zu rechnen, daß sich der Bedarf an elektrischer Energie im Laufe von etwa zehn Jahren verdoppeln wird. Die Elektrizitätswerke müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, um dieser gewaltigen Anforderung gerecht zu werden, müssen doch Erzeugungs- wie Fortleitungs- und Verteilungseinrichtungen, die



in etwa 70 Jahren aufgebaut wurden, in einem Zeitraum von knappen 10 Jahren verdoppelt werden. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung wurde am 3. Dezember 1970 das neue und letzte Blockkraftwerk im Elektrizitätswerk Simmering mit einer Leistung von 110 MW in Betrieb genommen, so daß die Gesamtkapazität des Simmeringer Werkes nunmehr 510 MW beträgt.

Ein weiterer Ausbau des Werkes Simmering ist zunächst nicht mehr möglich. Kurz vorher, am 6. November 1970, wurde der Grundstein zu einem neuen Wiener Kraftwerk jenseits der Donau, dem Kraftwerk „Donaustadt“, gelegt, dessen erste Ausbaustufe ein Blockkraftwerk mit einer Leistung von 150 MW umfassen wird. Eine Beteiligung am Gemeinschafts-Atomkraftwerk Tullnerfeld kam für die Wiener Stadtwerke nicht in Betracht, weil eine Stromlieferung von dort frühestens erst im Jahre 1976 einsetzen könnte, was für den Strombedarf in Wien viel zu spät wäre. Für Wien muß daher nach dem Programm der Wiener Elektrizitätswerke ab dem Jahre 1973 im eigenen Versorgungsnetz eine neue Blockeinheit mit 150 MW und ab Winter 1975/76 ein weiterer, ebenso großer Kraftwerksblock zur Verfügung stehen. Die Mitarbeit in der Planungsgesellschaft des Kernkraftwerkes wurde jedoch fortgesetzt.

Das Ausbauprogramm wurde mit den anderen Landeselektrizitätsgesellschaften und mit der Verbundgesellschaft derart koordiniert, daß das Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke klaglos beliefert werden kann. Die Elektrizitätswerke haben ihre Anlagen auf Ölfeuerung oder Erdgasfeuerung eingestellt. Die Möglichkeit, im Wiener Elektrizitätswerk Erdgas zu verfeuern, war die Voraussetzung für einen Energieverbund mit den Wiener Gaswerken. Erst durch diesen Energieverbund war der Abschluß langfristiger Erdgas-Lieferverträge im Wege der Österreichischen Mineralölverwaltung mit der Sowjetunion möglich. Das Erdgas wird aus Rußland in gleichbleibender Menge (bandmäßig) geliefert, vom Gaswerk aber mit Rücksicht auf die jahreszeitlichen Bedarfsschwankungen nicht in dieser Form abgenommen. Hier setzt der Energieverbund ein, indem die Elektrizitätwerke jene Mengen verbrauchen, die das Gaswerk nicht verarbeiten kann.

Im einzelnen wäre über den Ausbau der Betriebsanlagen zu berichten, daß im Dampfkraftwerk Simmering im Frühjahr 1970 planmäßig alle Vorbereitungen für die Inbetriebnahme des Blockes 6, wie das Beizen des Kessels, das Ausblasen und schließlich das Hochfahren des Maschinensatzes, vorgenommen wurden. Am 18. Juni konnte die erste Zuschaltung an das Versorgungsnetz erfolgen. Ab 16. Juli lief dann der Probetrieb. Wegen Schäden an den Düsensteinen der Brenner war eine längere Unterbrechung notwendig, doch konnte Ende August der Betrieb wieder aufgenommen werden. Am 12. Oktober entstand durch den Ausfall des Blocktransformators eine äußerst schwierige Situation, die jedoch durch die Errichtung eines Provisoriums in Form von drei parallel geschalteten Großumspannern überbrückt wurde. Am 3. Dezember wurde das Blockkraftwerk 6 vom Wiener Bürgermeister offiziell dem Betrieb übergeben. An dieser Feier nahmen Vertreter aller Elektrizitätsversorgungsunternehmen, der Industrie und der Stadtverwaltung teil. Ferner wurde in diesem Werk das Heizöllager um einen Behälter mit 40.000 m<sup>3</sup> Rauminhalt erweitert, der am 28. Oktober in Betrieb genommen werden konnte; die Gesamtkapazität des Heizöllagers beträgt somit 216.450 m<sup>3</sup>.

Zur Verbesserung der Versorgung des Kraftwerkes mit Erdgas wurde eine Hochdruckerdgasreduzierstation mit vorläufig zwei Regelstraßen mit einer Leistungsfähigkeit von je 30.000 m<sup>3</sup>/h errichtet und in die am Kraftwerk vorbeiführende Hochdruckerdgasleitung der Austria Ferngas GmbH eingebunden. Der Betrieb konnte am 6. Oktober aufgenommen werden. Die Einstellung des Betriebes mit Kohle bedeutet eine Erleichterung in der Betriebsführung sowie weitgehend ein Aufhören der Belästigung und Verschmutzung der Umgebung. Die diesbezüglichen Anlagenteile im Werk 1 wurden bereits skartiert. In den Blockkraftwerken 3 und 4 und auf den nun leeren Lagerplätzen sind die Anlagen für den Betrieb mit Kohle vorläufig stillgelegt und konserviert worden. Der Um- und Ausbau der Schaltanlage 4, des Umspannwerkes im Dampfkraftwerk Simmering, befand sich zu Jahresende in der letzten Bauetappe und geht seiner Vollendung entgegen. Neben diesen großen Arbeiten wurden fast ebenso umfangreiche Revisions- und Instandhaltungsarbeiten ausgeführt.

Auf dem Gelände des Kraftwerkes Donaustadt wurden vor Beginn der Bauarbeiten die notwendigen Probebohrungen durchgeführt. Gleichzeitig mit der Errichtung der Baustellengebäude für die Bau- und Montageleitung, den Küchenbetrieb und die Sanitäreinrichtungen konnten die Aufschließungsarbeiten für die Nutz- und Trinkwasserversorgung, die Kanalisation, die Straßenzufahrt, die Stromversorgung und alle anderen Notwendigkeiten fertiggestellt werden.

Vor Aufnahme der Aushub- und Fundamentierungsarbeiten, für die Blockanlagen und Nebengebäude wurde das gesamte Baugelände zur Absenkung des Grundwasserspiegels mit einer bis auf den Tegel reichenden Schlitzwand umschlossen. Die Fundamente für das Kessel-, Maschinen- und Schalthaus konnten bis zum Jahresende fertiggestellt werden, ebenso der unterste Fundamentring des Schornsteines, der mit einer Höhe von 150 m für zwei Blöcke gemeinsam ausgeführt wird. Beim Verwaltungs-, Betriebs- und Magazinsgebäude wurde mit den Fundamentierungsarbeiten begonnen. Für die Kühlwasserversorgung ist geplant, am linken Donauufer, im Bereich der Bühnen, ein Entnahmebauwerk zu errichten, für das Standort und Ausbildung an Hand von Modellversuchen ermittelt wurden. Die wasserrechtliche Bewilligung für die Kühlwasserentnahme liegt bereits vor. Von den maschinellen Einrichtungen wurde die Kessel- und Turbinenanlage in Auftrag gegeben, ebenso wurden die Kesselspeisepumpen, der Maschinenhauskran, die Block- und Eigenbedarfstransformatoren, die 6,3-kV-Eigenbedarfsschaltanlage, die chemische Wasseraufbereitungsanlage und die Kesselanlage für die allgemeine Heizdampfversorgung bereits bestellt.

Die Umspannwerke, Unterwerke und Schaltstationen wurden ebenfalls weiter ausgebaut. Hervorzuheben wäre, daß erstmals in Österreich auf der 110-kV-Spannungsebene eine SF 6-gasisolierte Schaltanlage



errichtet und in Betrieb genommen wurde. Die Vorteile dieser Bauweise, nämlich die gedrängte Ausführung und kurze Montagezeit, gestatteten es, im Umspannwerk Stadlau in knapp 7 Monaten an die Stelle der aufgelassenen 30-kV-Schaltanlage eine solche für 110 kV zu setzen. Im Umspannwerk Nord wurde der termingemäße Ausbau der 110-kV-Freiluftschaltanlage fortgesetzt; im September 1970 konnte bereits mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen werden. Eine Innenraumschaltanlage dieser Spannungsebene nahm im Fernheizwerk Spittelau im November den Betrieb auf. Mit dem Bau des Umspann- und Unterwerkes Speising, im 13. Wiener Gemeindebezirk, wurde im Frühjahr begonnen. Dieses Werk wird mit einer 110-kV- und 10-kV-Innenraumschaltanlage, einer direkten Abspannung von 110 kV auf 10 kV sowie mit einer Gleichstromanlage für die Versorgung der Straßenbahn ausgestattet. Die Bauarbeiten im 110-kV-Stützpunkt der Innenstadt „Umspannwerk Zedlitzhalle“ gingen gut voran, so daß mit den Elektromontagen im Mai 1970 angefangen werden konnte. Weiters wurde in den Umspannwerken West, Süd und Michelbeuern die direkte Abspannung von 110 kV auf 10 kV begonnen und teilweise bereits abgeschlossen.

Der Umbau der alten 5-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Leopoldstadt, der infolge der Umschaltung von 5 kV auf 10 kV notwendig war, wurde beendet. Die Erweiterung und Verstärkung der 10-kV-Schaltanlage im Umspannwerk West konnte ebenfalls zum Abschluß gebracht werden, mit gleichartigen Arbeiten im Umspannwerk Nord wurde begonnen.

Durch den weiteren Ausbau und Umbau von Tonfrequenzrundsteueranlagen in den Umspannwerken Weißgerber, Eisenstadtplatz, Favoriten und Klosterneuburg wurde die 1.050-Hz-Aussteuerung der von diesen Werken versorgten 5-kV- und 10-kV-Netze wesentlich verbessert. Infolge der direkten Abspannung von 110 kV auf 20 kV und 10 kV in den Umspannwerken nördlich der Donau ist eine eigene Aussteuerung dieser Netze, und zwar mit 183-Hz-Impulsen, notwendig. Aus diesem Grunde wurde mit dem Einbau von Tonfrequenzsendeanlagen für 183 Hz in den Umspannwerken Nord, Leopoldau und Stadlau begonnen.

Auch für die Energieversorgung der Stadt- und Straßenbahn mußten erhebliche Mittel aufgewendet werden. In der Gleichrichterstation Floridsdorf mußte ein weiterer Siliziumgleichrichter für 2.500 A aufgestellt und die nicht mehr betriebssichere Bahnverteilung in der Gleichrichterstation Niernberggasse durch eine neue ersetzt werden. Im 22. Bezirk nahm der Bau von drei Gleichrichterstützpunkten für die Versorgung der Straßenbahn seinen Anfang.

Die immer größeren Umfang annehmenden Planungsarbeiten für die Stromanspeisung des U-Bahngrundnetzes wurden weitergeführt. Im Detail mußten sieben Gleichrichterstationen projektiert werden. Zur Anspeisung der künftigen U-Bahnbaustellen und in weiterer Folge der Gleichrichterstationen mußten im Jahre 1970 zehn 10-kV-Schaltfelder in diversen Umspannwerken ausgebaut werden.

Ferner wurden wieder neue Leitungsnetze und Netzstationen errichtet. Zunächst sollen die Arbeiten in den Hochspannungsnetzen angeführt werden: Im 110-kV-Netz wurde eine 110-kV-Doppelleitung in Zweierbündelausführung zwischen dem Umspannwerk Bisamberg der Verbundgesellschaft und dem Umspannwerk Leopoldau der Wiener Elektrizitätswerke errichtet, die im September 1970 in Betrieb genommen wurde. Die Einbindung der neuen 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Stadlau konnte erst nach Fertigstellung der 110-kV-Ölkabelverbindung von Leopoldau zum Umspannwerk Stadlau und Umschaltung der bisher mit 30 kV betriebenen 110-kV-Leitungssysteme vom Dampfkraftwerk Simmering zum Umspannwerk Stadlau erfolgen; diese Anlage wurde im Herbst 1970 in Betrieb genommen. Weiters wurde damit angefangen, ein 110-kV-Ölkabel vom Umspannwerk Süd zum Umspannwerk Speising und weiter zur Aufführung Lainzer Tiergarten in Richtung des Umspannwerkes West zu legen. Die 110-kV-Schaltanlage des Fernheizwerkes Spittelau wurde in das 110-kV-Netz zwischen den Umspannwerken Nord und Michelbeuern eingebunden. Im Jahre 1970 wurden insgesamt 46,2 km 110-kV-Einleiterölkabel verlegt.

Im 30-kV-Netz wurden im gleichen Zeitraum 13,5 km 30-kV-Kabel verlegt, und zwar vor allem im Bereich der großen Baustellen Gudrunstraße—Sonnwendgasse—Humboldtgasse, Erzherzog Karl-Straße und beim Autobahnknoten Prater.

Der Ausbau der 20-kV-Versorgungsleitungen für das Industriegebiet Floridsdorf (Scheidgasse) und die Umschaltung von 5 kV auf 20 kV im Raume Vöslau wurden fortgesetzt; die Leitungslegungen im Bereich des Schaltshauses Maria Lanzendorf konnten abgeschlossen werden. Weitere 20-kV-Leitungen wurden zur Versorgung des Kraftwerksbaues Donaustadt, der Wohnhausanlage Thürndlhofstraße, des Flughafens Schwechat und im Versorgungsgebiet Hinterbrühl gelegt. Auch zum Winterhafen wird eine 20-kV-Leitung gelegt. Die bei diesen Arbeiten verlegten 20-kV-Kabel haben eine Länge von 43,5 km; außerdem wurden, vorwiegend in Niederösterreich, 14,5 km 20-kV-Freileitungen errichtet. Um die Übertragungsfähigkeit im 20-kV-Netz zu erhöhen, wurde an 30,5 km bestehenden Freileitungen eine Verstärkung der Leiterseile durchgeführt.

Im Versorgungsgebiet der Umspannwerke Währing und Süd konnte die Umschaltung von 5 kV auf 10 kV abgeschlossen werden. Begonnen wurde mit der Umschaltung im Bereich des Umspannwerkes Michelbeuern sowie mit vorbereitenden Kabellegungen für die neuen Umspannwerke Zedlitzhalle und Speising.

Besonders umfangreich waren im Jahre 1970 die Arbeiten zur Sanierung der Umleitungsstrecken, zur Sicherung der Baustromversorgung und zur Freimachung der Baugruben der U-Bahn. Die Kabellegungen für den Bauabschnitt Karlsplatz der U-Bahn wurden beendet und für den anschließenden Bauabschnitt im 4. und 10. Bezirk begonnen. Für den dritten und vierten Bauabschnitt, Stephansplatz und Schwedenplatz, konnte die Planung abgeschlossen werden. In Wien und in den Ortsnetzen wurden insgesamt 182 km 10-kV-Kabel verlegt.

In den Niederspannungsnetzen der Wiener Elektrizitätswerke wurden im Jahre 1970 insgesamt 282 km Kabel



verlegt. Die wichtigsten Bauvorhaben waren: die Verkabelungen in der Großfeldsiedlung und der Per Albin Hansson-Siedlung, die Maschennetzgruppe III in der Inneren Stadt sowie Flächenumschaltungen im 10., 12., 13., 14., 16., 17. und 19. Bezirk. Weiters wurden, vor allem in den Ortsnetzen, 163 km Freileitungen errichtet, übernommen oder verstärkt.

Die Umschaltung vom Dreileiter- auf das Vierleitersystem betraf 1.496 Hausanschlüsse mit 14.852 Stromabnehmern und einem Anschlußwert von 55.624 kW.

Für das Straßen- und Stadtbahnnetz der Verkehrsbetriebe wurden 54 km Einleiter-Gleichstromkabel verlegt.

Die Errichtung ferngesteuerter Umspannwerke, die Erweiterung der Hoch- und Niederspannungsnetze und die Vermehrung der Tonfrequenzrundsteueranlagen erforderten im Jahre 1970 die Verlegung von 161,5 km Fernsprech-, Meß- und Steuerkabeln. Die Zahl der Fernsprechstellen erhöhte sich um 64 auf 2.542. Für den Betriebs- und Störungsdienst standen 55 mit Funk ausgerüstete Fahrzeuge zur Verfügung.

Die Länge aller ober- und unterirdisch verlegten Hoch- und Niederspannungstarkstromleitungen in Wien und in den Ortsnetzen erhöhte sich von 12.477,6 km auf 12.838,5 km. Die Zahl der Hoch- und Niederspannungsanschlüsse war zu Ende des Jahres 1970 mit 171.851 um 3.421 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Zur Fehlerortung und bei der Vorbereitung der Umschaltung von 5 kV auf 10 kV wurden 1.893 Kabelmessungen vorgenommen, weiters 440 Messungen an verschiedenen elektrischen Anlagen und Geräten. In den Prüffeldern der Herstellerfirmen wurden im Jahre 1970 insgesamt 870 km Kabel und Leitungen nach Vornahme der entsprechenden Prüfungen abgenommen. Die Arbeiten der Relaisstelle konzentrierten sich vor allem auf die laufend durchzuführenden Überprüfungen der im Betrieb befindlichen Geräte sowie auf das Auslegen und Anschaffen von Schutzeinrichtungen für Neu- und Umbauten. Hervorzuheben wäre, daß im Jahre 1970 erstmals im Bereich der Wiener Elektrizitätswerke ein elektronischer Sammelschienenschutz in der 110-kV-Schaltanlage des Fernwärmewerkes Spittelau eingebaut und ein elektronischer Generatorschutz im Wasserkraftwerk Gaming in Betrieb genommen wurde.

Die Erweiterung des Hoch- und Niederspannungsnetzes im gesamten Versorgungsgebiet erforderte umfangreiche Maßnahmen an den Tonfrequenzrundsteueranlagen. Es wurden neue Sendeanlagen in Betrieb genommen, und auch ein genaues Programm wurde erstellt, das bis zum Jahre 1975 für jedes Umspannwerk die Errichtung einer eigenen Tonfrequenzsendeanlage vorsieht.

Die Zahl der Netzstationen zur unmittelbaren Versorgung der Stromabnehmer betrug zu Jahresende 6.032. In diesen Anlagen waren 7.081 Netztransformatoren mit einer Leistung von 2,359.611 kVA aufgestellt. Die Zahl der Stationen erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1969 um 171 Anlagen. 425 Anlagen wurden von 5 kV auf 10 kV umgeschaltet oder für die Umschaltung bereitgestellt.

Die Werkstätte baute im Jahre 1970 insgesamt 1.337 Hochspannungs- und 2.243 Niederspannungsschaltfelder.

Die Energieerzeugung erfolgte zum Teil in eigenen Anlagen, zum Teil wurde die benötigte Energie durch den Bezug von fremden Werken aufgebracht. Von den eigenen Werken erzeugten: das Dampfkraftwerk Simmering 2,373.390 MWh, der Kühlwasserlauffurbo im Dampfkraftwerk Simmering 2.058 MWh, die Wasserwerke Opponitz 61.713 MWh, Gaming 36.492 MWh und Mitterndorf 401 MWh sowie die Wasserkraftwerke der Hochquellenleitung in Wien 2.896 MWh. Bezogen wurden: von der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG 1,283.166 MWh, von der Niederösterreichischen Elektrizitätswerke-AG (NEWAG) 173 MWh, von der Burgenländischen Elektrizitätswerke-AG (BEWAG) 418 MWh, von den Wasserkraftwerken Wildalpen 6.752 MWh sowie von sonstigen Wasser- und Dampfkraftwerken 40.124 MWh. Insgesamt standen aus der eigenen Erzeugung und dem Fremdbezug 3,807.583 MWh elektrischer Energie zur Verfügung, wobei die eigenen Werke zu 65 Prozent und fremde Kraftwerke zu 35 Prozent an der Erzeugung beteiligt waren; an der eigenen Erzeugung betrug der Anteil der Wasserkraftwerke 4,2 Prozent.

In den Netzen der Wiener Elektrizitätswerke ergab sich die höchste Belastungsspitze am 14. Dezember 1970 mit 744 MW; sie war um 34 MW höher als im Jahre 1969 und um 62 MW höher als im Jahre 1968; gegenüber dem Jahre 1937 zeigte sie eine Zunahme von 597,2 MW.

Für die kalorische Erzeugung wurden 79.398 t Kohle, 133.895 t Heizöl und 439,415.183 m<sup>3</sup> Erdgas verbraucht.

Beim Verbrauch der elektrischen Energie wurde der größte Tagesbedarf am 17. Dezember 1970 mit 15.138 MWh verzeichnet, der geringste am 22. Juli mit 7.731 MWh. Der größte Monatsbedarf wurde ebenfalls im Dezember mit 407.076 MWh registriert, der geringste im Juli mit 240.395 MWh.

An Sonderanlagen waren 86.483 Heißwasserspeicher, 59.283 Speicheröfen und 86.175 Elektroherde zu Jahresende an das Stromnetz angeschlossen.

Im Jahre 1970 wurden 35.632 Verbraucher an das Wiener Stromnetz angeschlossen sowie 12.694 Anschlüsse aufgelassen und die Zähler eingeholt. 91.072 nicht mehr zweckentsprechende Zähler wurden ausgetauscht, 67.570 in eigenen Werkstätten repariert und 67.195 amtlich nachgeeicht. Umbauten und Meßbereichänderungen erfolgten bei 28.200, Überprüfungen im werkseigenen Prüfraum bei 19.504 Zählern. Schließlich wurden noch 49.188 von Vertragsfirmen gelieferte oder instand gesetzte Zähler und Schaltuhren einer Überprüfung unterzogen. Zu Ende des Jahres 1970 standen, einschließlich von 3.933 Spezialzählern, 1,186.405 Zähler in Gebrauch.

Für die öffentliche Beleuchtung in den Wiener Gemeindebezirken und in den von den Wiener Elektrizitätswerken betrauten Gemeinden standen zu Jahresende 234.367 Lampen mit einem Anschlußwert von 16.356 kW in Betrieb. 8.664 Lampen wurden neu in Betrieb genommen. Im Wiener Stadtgebiet waren, einschließlich der Verkehrsleuchten, 188.955 Lampen mit einem Anschlußwert von 14.430 kW angeschlossen. Es wurden 6.734 Störungen behoben und 76.122 ausgebrannte Lampen getauscht.



Vom technischen Rechenzentrum wurden umfangreiche Netzuntersuchungen vorgenommen, die den Zeitraum bis etwa 1976 umfassen und vor allen Dingen die durch den Neubau des Kraftwerkes Donaustadt und durch die notwendig gewordene Teilung des 110-kV-Netzes gegebene neue Situation berücksichtigen. Neben den sonstigen laufenden Arbeiten, wie Leistungs-, Betriebs- und Störungsstatistik, wurden erstmalig auch automatische Anbotsvergleiche durchgeführt und Preisspiegel erstellt. Die elektronische Baumassenberechnung wird vorbereitet und in kurzer Zeit möglich sein.

Die praktischen Arbeiten an dem bei den Wiener Elektrizitätswerken entwickelten integrierten Informationssystem für den technischen und kaufmännischen Dienst wurden im Jahre 1970 weitergeführt. Die hierbei aufgetretenen Schwierigkeiten konnten durch die Zusammenarbeit der kaufmännischen und technischen Abteilungen immer rasch gelöst werden. Bis Jahresende wurden 350.000 Anlagen aus sieben Wiener Gemeindebezirken in das neue System eingebaut. Diese Arbeiten, die von den damit Befähten neben den ständigen Dienstobliegenheiten ausgeführt wurden, bedingten bedeutende Überstundenleistungen.

Im Chemischen Laboratorium wurden im Jahre 1970 insgesamt 6.113 Analysen durchgeführt, wobei eine weitere starke Zunahme an Untersuchungen von Mineralölprodukten, speziell Transformatoröl, zu verzeichnen war. Als staatlich autorisierte Prüfstelle führte es außer den Untersuchungen für den Bedarf der werkeigenen Anlagen auch solche für fremde Firmen durch. Für die Wiener Verkehrsbetriebe wurden sämtliche Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Ferner wurden in die Fachausschüsse Sachverständige entsendet.

Das Physikalische Laboratorium, ebenfalls staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs, war mit Betriebsmittelpfahrungen für die Wiener Elektrizitätswerke wie für fremde Firmen befäht und nahm Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterialien, Glühlampen, Leuchten und anderem zum Zwecke der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens vor. Die Prüftätigkeit umfaßte 4.200 Betriebsmittelpfahrungen für die Elektrizitätswerke und 1.000 für fremde Firmen, 360 Prüfungen von Verbrauchsgütern, 175 Prüfaufträge für Installationsmaterial sowie 1.000 Prüfungen an Glühlampen, Leuchten und Zubehör. Es wurden 1.656 Prüfzeichenbescheinigungen und 5.671 Prüfzeichen ausgegeben sowie 725 Prüfkarte registriert.

Die Mitarbeit in den technischen Ausschüssen des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs wurde erfolgreich weitergeführt und die Zusammenarbeit mit den Prüfstellen des In- und Auslandes intensiviert. Im Österreichischen Verband für Elektrotechnik konnte die Zusammenarbeit der drei österreichischen Prüfstellen nach gemeinsamen Richtlinien erwirkt werden.

Der Kraftwagenbetrieb hatte infolge der Ausweitung der Arbeitsgebiete, besonders durch den U-Bahnbau und die Nachtspeicherheizanlagen, erhöhte Fahrleistungen aufzuweisen. Mit werkeigenen Fahrzeugen wurden 3.358.477 km, mit werksfremden Fahrzeugen rund 19.000 km und mit beamteneigenen Fahrzeugen rund 346.000 km gefahren. Weitere 4.200 km wurden mit beamteneigenen Mopeds zurückgelegt.

Das Sicherheits- und Brandschutzreferat untersuchte 160 Unfälle von Dienstnehmern. Davon waren 121 Unfälle leicht und 39 schwer; ein tödlicher Unfall war nicht zu verzeichnen. Durch die Unfälle wurden insgesamt 2.911 Krankentage verursacht.

Von den Unfällen ereigneten sich 30 Unfälle auf dem Weg von oder zur Dienststelle, 11 waren Elektrounfälle. Von den 39 schweren Unfällen ereigneten sich 28 im Betrieb und 11 am Wege. Die häufigste Unfallsursache war Unachtsamkeit. Bei 6 Verkehrsunfällen konnte die Unfallsursache nicht geklärt werden. Die Aufklärungstätigkeit wurde nach Möglichkeit verstärkt. 2 Bedienstete nahmen an einem Strahlenschutzkurs im Reaktorzentrum Seibersdorf teil.

Der Aufbau der innerbetrieblichen Brandschutzorganisation konnte abgeschlossen werden. Nach Bestellung der Brandschutzverantwortlichen in allen Abteilungen wurden Brandalarmpläne erstellt und Brandschutzbücher ausgegeben. Bei der Planung des neuen Dampfkraftwerkes Donaustadt wurde bereits der Strahlenschutz berücksichtigt. In den Anlagen der Elektrizitätswerke brachen 8 Brände aus, von denen 2 mit Hilfe der Feuerwehr und 6 mit eigenem Personal gelöscht werden konnten.

Die Ausbildung der Dienstnehmer in der Brandbekämpfung wurde durch Vorträge, Filmvorführungen und praktische Feuerlöschübungen fortgesetzt. In der 110-kV-Freiluftschaltanlage des Umspannwerkes Kaiserebersdorf wurde in zwei Versuchsreihen gezeigt, daß Wasser bei in Betrieb befindlichen elektrischen Anlagen als Löschmittel eingesetzt werden kann. An diesen Vorführungen nahmen außer Angehörigen der Wiener Elektrizitätswerke auch die Wiener Feuerwehr, die Sicherheitsingenieure der Verbundgesellschaft und der Landeselektrizitätsgesellschaften, Vertreter des Arbeitsinspektorates und des Unfallverhütungsdienstes teil.

Alle Objekte und Geräte der Wiener Elektrizitätswerke wurden im Laufe des Jahres 1970 mehrmals, teilweise gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden.

Im Lastverteiler wurden neben der Betriebsführung Vorarbeiten für die Teilung des 110-kV-Netzes durchgeführt. Nach Beendigung des Probetriebes konnte das Blockkraftwerk 6 des Dampfkraftwerkes Simmering in das Erzeugungs- und Revisionsprogramm aufgenommen werden. Infolge des Ausbaues des Kraftwerkes, der Umspannwerke und Leitungsnetze waren umfangreiche Sonderschaltungen notwendig. Auch die Fernmeß- und Fernmeldeanlagen des Lastverteilers mußten mit Rücksicht auf die Netzteilung, die Inbetriebnahme des Blockkraftwerkes in Simmering sowie den Ausbau der Umspannwerke ergänzt werden. Außerdem waren für den Landeslastverteiler die Unterlagen für die Betriebsstatistik zu bearbeiten.

Der Kundendienst schloß Verträge mit Sonderabnehmern und Großgewerbeabnehmern und führte Ver-





Stadtrat Franz Nekula (Städtische Unternehmungen) wünscht den ersten Frauen an der Straßenbahnkurbel guten Erfolg bei der Fahrausbildung

## Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

Die Zahl der schaffnerlosen Beiwagen hat sich innerhalb von zwei Jahren fast vervierfacht



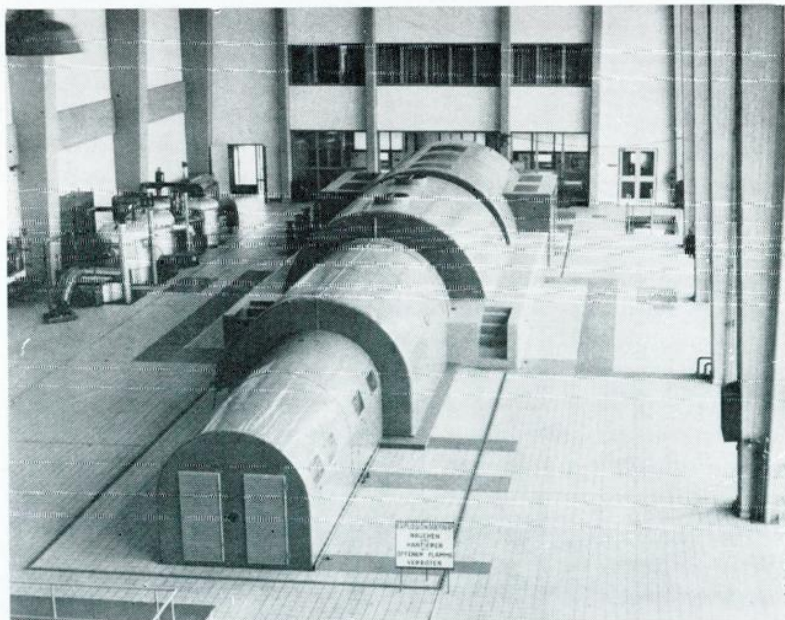




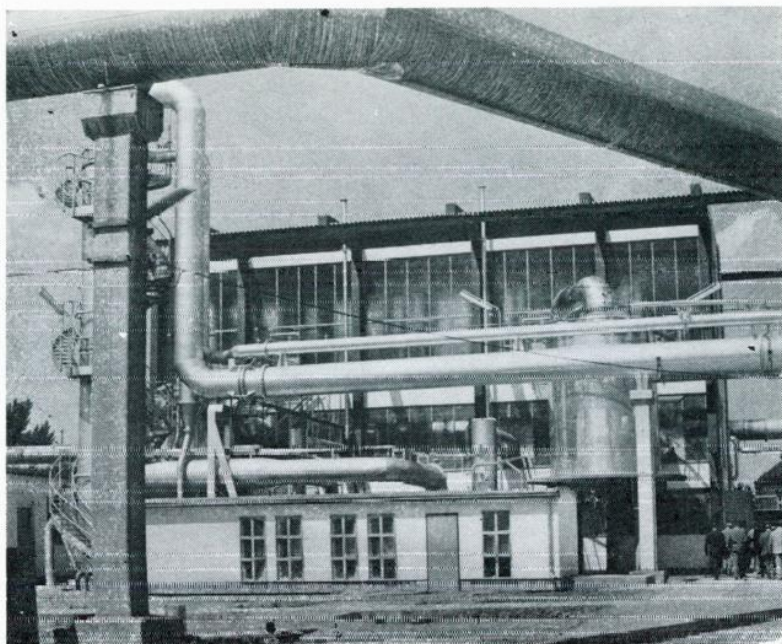
Der Bau der 110-kV-Leitung zwischen den Umspannwerken Leopoldau und Bisamberg ist ein Beitrag zur Sicherung des rasch steigenden Strombedarfs im 21. und 22. Bezirk

#### Wiener Stadtwerke — E-Werke

Der 110.000-kW-Turbosatz mit Vorwärmanlage des Blockkraftwerkes 6 in Simmering wurde in Betrieb gesetzt







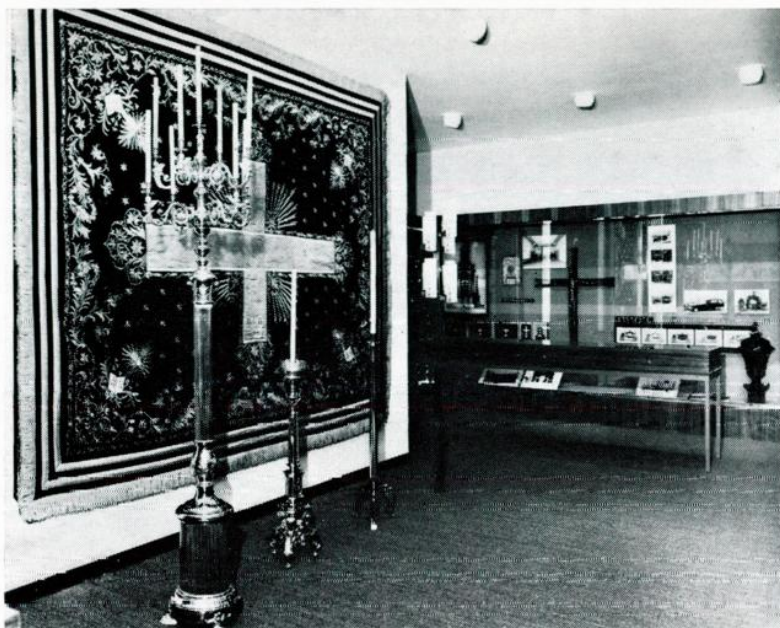
Die Erdgas-Spaltanlage im Gaswerk Simmering

#### Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Im Informationsbus der Gaswerke, der überall dort eingesetzt wird wo die Umstellung auf Erdgas beginnt, können die Aktionsherde, die das Gaswerk allen Kunden anbietet, besichtigt werden





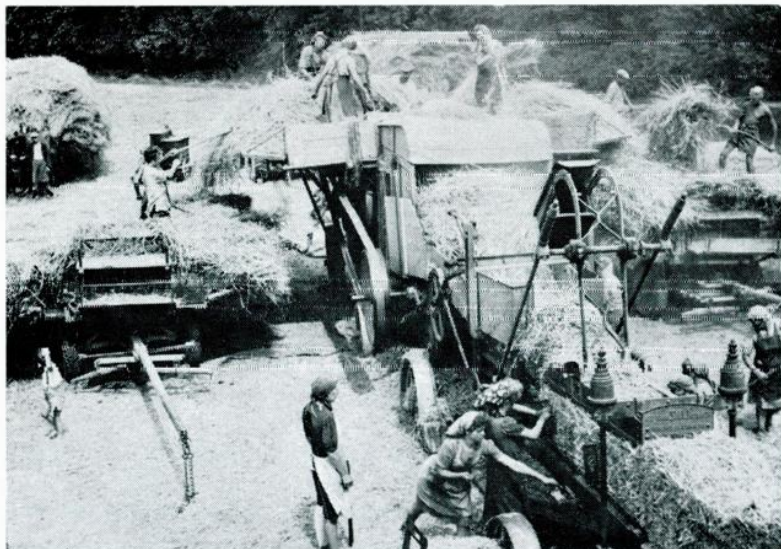


Die Städtische Bestattung hat in den Räumen der Direktion eine Sammlung historischer Bestattungsgegenstände angelegt, die gegen vorherige telefonische Anmeldung, bei freiem Eintritt, besichtigt werden kann

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Städtische Unternehmungen — Landwirtschaftsbetrieb

Mit guten Erträgen aus der heurigen Ernte rechnet der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien





handlungen mit der Newag und den Österreichischen Bundesbahnen wegen Lieferungs-, Zusatz- und Rücklieferungsverträgen oder Aushilfsstromlieferungen. Weiters entsendete er Vertreter in den Tarifausschuß des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs zu den Besprechungen über die Änderung der Grundlage der Baukostenzuschüsse auf Grund der vom Bundesminister für Verkehr gewünschten Pauschalierung. Die Bearbeitung von Kostenvoranschlägen und von Bedarfsanmeldungen, die Verrechnung der Baukostenbeiträge und die Führung der Statistik über Baukostenbeiträge gehörten ebenfalls zu seinen Obliegenheiten. Ferner waren alle Kleinabnehmeranlagen, das sind die Haushalts- und Kleingewerbeanlagen, auf die vorschriftsmäßige Ausführung der Installationen zu überprüfen und notwendige Zählermontagen und Zählertausche auszuführen.

Infolge der akuten Brennstoffkrise, bedingt durch Knappheit von Koks und Heizöl, sowie einer verstärkten Reklame für Elektrospeicherheizgeräte durch die einschlägigen Firmen, brach ein wahrer Ansturm um die Genehmigung solcher Anlagen aus. Es langten 20.869 Anfragen ein, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr, und nur durch den besonderen Einsatz aller zur Verfügung stehenden Kräfte konnten fast alle Anfragen bis Jahresende erledigt werden. Von den 13.854 genehmigten Anlagen wurden 7.860 noch im Jahre 1970 angeschlossen.

Eine weitere Aufgabe ist die Zählerbeistellung und -verwaltung. Bei den „Großabnehmeranlagen“ für umfangreiche Gewerbe und Industrieanlagen, große Kaufhäuser, Staats- und Gemeindedienststellen handelte es sich um die Installation von Spezialzähl- und Meßeinrichtungen. Es waren auch 977 Bauprovisorien anzuschließen.

Ferner war für den Ausbau, den Betrieb und die Erhaltung von 132 Ortsnetzen außerhalb des Wiener Gemeindegebietes zu sorgen. Dazu gehörte auch die Wartung der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung von Störungen in deren Anlagen. Schließlich war noch die Betriebsführung des Kleinwasserkraftwerkes Mitterndorf und des Pumpwerkes Moosbrunn wahrzunehmen.

In der Zählerwerkstätte wurden, wie bereits erwähnt, Reparaturen von Zählern und Schaltuhren sowie nach dem Eichgesetz Kontrollen der Meßgenauigkeiten an verschiedenen Meßgeräten durchgeführt.

Für die Werbe- und Beratungstätigkeit stand die Ausstellungs- und Beratungsstelle Mariahilf zur Verfügung, die von 28.207 Interessenten besucht wurde. Das überwiegende Interesse galt der Elektroheizung (30 Prozent), dann folgten Elektroherde (14 Prozent), Waschmaschinen und Kleingeräte (je 12 Prozent), Heißwasserspeicher (10 Prozent), Kühlschränke (9 Prozent), Geschirrspül- und Bügelmaschinen (6 Prozent) sowie verschiedene andere Geräte (7 Prozent).

Der Besuch der Vorträge über die Sicherheit von elektrischen Geräten im Haushalt und der praktischen Vorführungen von Elektrogeräten, bei denen die Möglichkeit bestand, die Geräte selbst auszuprobieren, war sehr gut. Sie wurden vor allem von Hauswirtschaftsschulen, Lehrerinnenbildungsanstalten, Fachschulen für soziale Frauenberufe und von polytechnischen Lehrgängen frequentiert.

Wie alljährlich, waren bei den beiden Wiener Messen mit Fachpersonal besetzte Kojen errichtet. Am „Tag der offenen Tür“ konnten bei Führungen 600 Besucher das Dampfkraftwerk Simmering kennen lernen.

Schließlich wurden noch in die Fachausschüsse von Vereinigungen und Körperschaften, besonders in die Österreichische Lichttechnische Arbeitsgemeinschaft, sowie in die Ausschüsse und Unterausschüsse des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs Sachverständige zur Mitarbeit entsendet.

## Gaswerke

Die Tätigkeit der Gaswerke war durch die Erdgasumstellung, die ohne den gesicherten Erdgasbezug nicht möglich wäre und mit der am 7. September 1970 begonnen wurde, beherrscht. Es handelt sich hierbei um eine gewaltige organisatorische, technische und wirtschaftliche Aufgabe, weil Wien eines der dichtesten Gasnetze der Welt besitzt und mit 95 Prozent eine kaum mehr zu überbietende Anschlußdichte aufweist. Da Erdgas gegenüber dem bisher erzeugten Stadtgas den doppelten Heizwert aufweist und daher bei gleicher durch die Rohre gehender Menge die doppelte Energie befördert wird, ergibt sich eine Verdoppelung der Rohrkapazität. Die Umstellung auf Erdgas erspart damit außerordentlich hohe Investitionen bei den Erzeugungsanlagen und im Rohrnetz, die bei einer Beibehaltung der Stadtgaserzeugung notwendig gewesen wären und deren wirtschaftliche Auswirkungen zweifelsohne in relativ kurzer Abständen beträchtliche Tarifierhöhungen zur Folge gehabt hätten. Demgegenüber läßt die Umstellung auf Erdgas hoffen, daß während der gleichen Zeit wohl auch notwendig werdende Tarifkorrekturen wesentlich länger vermieiden und bei Eintritt niedriger gehalten werden können. Hierbei werden sich bei den Gaswerken allerdings innerhalb des Umstellungszeitraumes Zeiten einer wirtschaftlichen Durststrecke ergeben, da bis zur Umstellung des letzten Kunden Erdgas und Stadtgas zur Verfügung gestellt werden müssen. Deshalb war es auch trotz der begonnenen Erdgasumstellung noch notwendig, Investitionen für den Bau von Spaltanlagen vorzunehmen, um die Stadtgaslieferung während der zwölfjährigen Dauer der Umstellaktion in ausreichendem Maße zu sichern. Weitere bedeutende Aufwendungen erforderten der Bau einer Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik mit angeschlossenen Werkstättenhallen für die Geräteumstellung von Stadtgas auf Erdgas sowie der Ausbau des Rohrnetzes.

Anfangs des Jahres 1970 mußten die im Jahre 1969 begonnenen Vorbereitungsarbeiten für die Erdgasumstellung wegen des mit September geplanten Beginns zunächst beschleunigt fortgesetzt und abgeschlossen werden. Die Erstellung eines neuen elektronischen Erdgasprogramms war in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Datenverarbeitung notwendig. Die Distrikte wurden weiterhin in Rayons eingeteilt, wobei für den Beginn der Umstellung, in Kaisermühlen, die beiden ersten Rayons mit je ca. 250 Abnehmern festgelegt wurden, bei den folgenden aber eine Zunahme auf ca. 500 Abnehmer pro Woche vorgesehen wurde.



Mit Beschluß des Gemeinderates vom 24. April 1970 wurde dann die Firma Integral-Industriebedarf-GesmbH mit der Erdgasumstellung betraut und der 7. September 1970 als erster Umstelltag bestätigt. Schließlich wurde in Zusammenarbeit der beiden Abteilungen der Gaswerke, die mit der Erdgasumstellung und der Datenverarbeitung befaßt sind, und der Firma „Integral“ der gesamte Ablauf der Umstellung beim Gasabnehmer sowie der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitungsanlage festgelegt. Das Drucksortenmaterial für die Kundeninformation und die Erhebungsscheine wurden entworfen und nach Genehmigung durch die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke in Druck gegeben.

Um den Kunden die Anschaffung von neuen Geräten anstelle nicht umbauwürdiger Geräte und den freiwilligen Gerätetausch zu ermöglichen, wurde die Gasgeräte-Umtauschaktion geschaffen. Durch Verhandlungen mit der Gasgeräte-Industrie konnten besonders vorteilhafte Preiskalkulationen erzielt werden. Ferner wurde ein Erdgas-Informationsautobus in den Umstellbezirken aufgestellt, in dem vor allem die Aktionsherde ausgestellt sind. Ein vollständiges Geräteangebot wird von den Gaswerken in der Beratungsstelle Mariahilfer Straße dargeboten. Im Informationsautobus, in der Beratungsstelle Mariahilfer Straße und in der Erdgasabteilung haben die Kunden die Möglichkeit, Gasgeräte zu bestellen. Im Jahre 1970 wurden im Rahmen dieser Aktion 4.917 Gasgeräte verkauft, und zwar 3.311 Gasherde (davon 2.348 Aktionsherde), 172 Gaskocher, 1.190 Gaswasserheizer und 244 Gasheizgeräte.

Bei den Haushalts-Gasabnehmern wurde planmäßig am 7. September 1970 in Kaisermühlen mit der Umstellung auf Erdgas begonnen. Die beiden ersten Umstellrayons umfaßten, um allfälligen Anfangsschwierigkeiten zu begegnen, jeweils nur 259 Abnehmer, die folgenden 8 Rayons zwischen 492 und 515 Abnehmer. Das Gebiet von Kaisermühlen wurde in 10 Rayons aufgeteilt. Rayon 11 setzte sich aus Gerasdorf und einem Teil der Nordrand-siedlung zusammen. Die Rayons 12 bis 15 umfaßten einen Teil des Gebietes von Groß-Jedlersdorf. Von der 12. Umstellwoche an bis zum Ende der Heizperiode 1970/71 werden ungefähr 700 Gasanlagen pro Woche umgestellt. Vom Beginn der Umstellung (7. September 1970) bis 31. Dezember 1970 wurden 15 Rayons mit 7.793 Abnehmern und 14.035 Gasgeräten umgestellt. Die durchschnittliche Gerätedichte je Abnehmer beträgt 1,83. Die umgestellten Geräte wurden von Bediensteten der Erdgasabteilung der Gaswerke überprüft, außerdem wurde die erbrachte Umstellleistung mit dem Umstellungsplan abgestimmt. Ab dem Rayon 7 (19. Oktober 1970) wurde, um die Firma „Integral“ am Umstelltag zu entlasten, fallweise ein Teil der neuen Gasherde von Bediensteten der Wiener Gaswerke angeschlossen.

Wegen der Erdgasumstellung bei Gewerbe- und Industriebetrieben ging man Anfang März 1970 daran, alle im Versorgungsgebiet ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe sowie die in diesen angeschlossenen Gasgeräte und Gasfeuerstätten zu ermitteln, um die voraussichtlichen Umstellkosten errechnen zu können. Die Anzahl der mit Stichtag 30. April 1970 erfaßten Betriebe betrug 12.184, die Zahl der in diesen angeschlossenen Gasgeräte 76.467.

Im Anschluß an die Erfassung von Gewerbe und Industrie wurden alle erforderlichen Unterlagen für die Erdgasumstellung der Gewerbe- und Industriebetriebe ausgearbeitet, die praktische Durchführung begann am 31. August 1970 im Rayon 0. Bis 31. Dezember 1970 wurden in 16 Rayons 158 gewerbliche und industrielle Anlagen mit 688 Gasgeräten und Gasfeuerstätten umgestellt. Die dabei erbrachten Leistungen der Gaswerke bestanden in der Mithilfe beim Ab- und Einschalten der Gasanlagen, der Vorprüfung gewerblicher Geräte, der jeweiligen Schlußstandaufnahme, dem Nachprüfen der umgebauten Geräte, der Behandlung von Kundenreklamationen, dem Anschluß von neuen Geräten, dem Feststellen der Leistungen der Umbaufirmen, ferner in Rechnungsprüfungen, in der Entgegennahme von Gerätebestellungen, im schriftlichen Verständigen der Kunden vom Eintreffen der Umstellungsfirma und im Führen der Gewerbe- und Gerätestatistik.

In der elektronischen Datenverarbeitungsanlage wurde die anlässlich der Erdgasumstellung begonnene Rohrnetzrechnung fortgesetzt. Sie verfolgt im wesentlichen zwei Ziele, und zwar eine höhere Sicherheit der Gasversorgung und eine wirtschaftlichere Ausbauplanung. Die Rohrnetzanalyse vermittelt Kenntnisse über die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Gasrohrnetzes an jedem beliebigen Punkt des Netzes und bietet somit die Möglichkeit, Engpaßstellen zu finden. Eine weitere große Bedeutung der Rohrnetzanalyse liegt in einer wirtschaftlichen Ausbauplanung des Rohrnetzes. Alle Daten über die Mengenverteilung und über den Zustand der Leitungen liegen in Lochkarten gespeichert bereit und können jederzeit rasch und ohne großen Aufwand verwendet werden. Als Vorläufer der Erdgasumstellung garantiert die Rohrnetzanalyse von versorgungstechnischer Seite her einen reibungslosen Ablauf der Umstellung.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Umstellung der Verrechnung auf Megacal (= 1.000 Kilokalorien). Nach dem Beschluß des Gemeinderates vom 24. April 1970 hat das Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie auf Grund der §§ 2, 3, 3b, 7 und 8 des Preisregelungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 151, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 407/1970, nach Anhörung der Preiskommission auf Ansuchen der Wiener Stadtwerke-Gaswerke vom 14. Juli 1970 die höchstzulässigen Verkaufspreise für Gas der Wiener Stadtwerke-Gaswerke mit Mindestheizwerten von 4.600 Kilokalorien je Kubikmeter oder 9.600 Kilokalorien je Kubikmeter ab dem Beginn des Abrechnungszeitraumes 1971 neu festgelegt. Dieser darf bei Lieferung an Haushalte 0,2043 S je Megacal, bei Lieferung an Gewerbe- und Industriebetriebe 0,1891 S je Megacal betragen. Als Abrechnungszeitraum ist jene Zeitspanne zu verstehen, in der die Abrechnung für die vorangegangene Lieferperiode erfolgt. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat sich fallweise Kontrollen der Heizwerte der abgegebenen Gase vorbehalten. Ferner wurde der Bescheid des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 14. Mai 1958, Zl. 246.720 - VI - 35/1958, außer Kraft



gesetzt. Durch diese Regelung trat keinerlei Tarifänderung ein, es handelte sich lediglich um die Umstellung auf die Megacalorie als Verrechnungseinheit, die im Hinblick auf die nunmehr vom Gaswerk gelieferten Gase mit verschiedenen Wärmewerten (Stadtgas 4.600 kcal, Erdgas 9.600 kcal) angestrebt wurde.

Zur Erzeugung von Stadtgas wurden 186,120.700 m<sup>3</sup> Erdgas-Luftspaltgas sowie 490,571.800 m<sup>3</sup> Erdgas-Wasserdampfspaltgas hergestellt und 255,959.000 m<sup>3</sup> Erdgas beigemischt. Im Jahre 1970 betrug die gesamte Menge des erzeugten Stadtgases 932,651.500 m<sup>3</sup>. Daraus konnten die Kunden, wie sich aus dem Gebrauchsheizwert ergibt, eine Wärmemenge erzielen, die einer Energie von 4,229.466 MWh entspricht. Die erzeugte Stadtgasmenge war um 6,27 Prozent höher als die des Vorjahres.

Im Jahre 1970 wurden 441,9 Millionen Norm-Kubikmeter Erdgas bezogen und zur Beimischung, zur Luft- und Wasserdampfspaltgaserzeugung sowie zur Kessellunterfeuerung verwendet.

An der Stadtgaserzeugung waren das Werk Simmering mit 470,3 Millionen Kubikmeter (50,42 Prozent) und das Werk Leopoldau mit 462,4 Millionen Kubikmeter (49,58 Prozent) beteiligt. Berücksichtigt man die Behälterdifferenz von +4.000 m<sup>3</sup>, dann haben die Werke insgesamt 932,647.500 m<sup>3</sup> Stadtgas abgegeben. Diese Menge ist um 55,240.600 m<sup>3</sup> (6,30 Prozent) größer als die entsprechende Menge des Vorjahres.

Die höchsten Werte wurden bei der Gaserzeugung pro Stunde am 2. Februar 1970 zwischen 12 und 13 Uhr mit 218.900 m<sup>3</sup>, pro Tag ebenfalls am 2. Februar mit 4,897.000 m<sup>3</sup>, die geringsten pro Stunde am 20. August zwischen 8 und 9 Uhr mit 21.300 m<sup>3</sup> und pro Tag mit 883.400 m<sup>3</sup> festgestellt.

Bei der Spaltgaserzeugung wurde in den Spaltanlagen auch Naphtha (Benzin) als Rohstoff eingesetzt. Insgesamt wurden bei der Stadtgaserzeugung an Rohstoffen verwendet: 53,380.800 m<sup>3</sup> Erdgas für die Luftspaltgaserzeugung, 136.873.300 m<sup>3</sup> Erdgas und 16.846 t Naphtha für die Wasserdampfspaltgaserzeugung und 255,959.000 m<sup>3</sup> Erdgas zur Beimischung.

Der CO-Gehalt im Stadtgas betrug beim Werk Simmering 1,9 Prozent und beim Werk Leopoldau 1,4 Prozent.

Die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge betrug 902,802.500 m<sup>3</sup>, davon wurden 900,789.705 m<sup>3</sup> (99,78 Prozent) verkauft und 2,012.795 m<sup>3</sup> (0,22 Prozent) für den eigenen Bedarf außerhalb des Erzeugungsbereichs verwendet. Insgesamt war die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge um 6,3 Prozent größer als im Vorjahr. Der Meßverlust betrug gleichbleibend 3,2 Prozent. Die größte Stadtgasmenge wurde im Jänner mit 134,392.300 m<sup>3</sup> verkauft, die geringste im August mit 36,379.800 m<sup>3</sup>. Beim Verkauf entfielen auf den Konsumenten im Durchschnitt 1.172,15 m<sup>3</sup>, auf den Einwohner des Versorgungsgebietes 502,36 m<sup>3</sup>. Bei der Abgabe wurden die größten Mengen je Stunde am 11. Jänner zwischen 11 und 12 Uhr mit 320.500 m<sup>3</sup>, je Tag am 21. Jänner mit 4,862.400 m<sup>3</sup>, je Woche zwischen dem 22. und 28. Jänner mit 31,822.200 m<sup>3</sup> sowie je Monat im Jänner mit 134,392,300 m<sup>3</sup> gemessen, die geringsten je Stunde am 12. September zwischen 3 und 4 Uhr mit 11.200 m<sup>3</sup>, je Tag am 12. Juli mit 929.600 m<sup>3</sup>, je Woche zwischen dem 29. Juli und 4. August mit 7,730.200 m<sup>3</sup> und je Monat im August mit 36,379.800 m<sup>3</sup>. Der Heizwert des Stadtgases betrug 4.604 kcal je Norm-Kubikmeter.

Der Erdgasbezug der Wiener Stadtwerke belief sich im Jahre 1970 auf 1.006,870.581 Norm-Kubikmeter. Davon wurden an die Österreichischen Stickstoffwerke 20,202.500 Norm-Kubikmeter, an die Steiermark 32,653.250 Norm-Kubikmeter und an das Burgenland 7,871.322 Norm-Kubikmeter Erdgas abgegeben. Von den den Wiener Stadtwerken verbleibenden 946,143.509 Norm-Kubikmetern wurden den Elektrizitätswerken 437,788.460 Norm-Kubikmeter und den Gaswerken 508,355.049 Norm-Kubikmeter Erdgas zur Verfügung gestellt. Die Gaswerke verkauften 66,482.400 Norm-Kubikmeter Erdgas an Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe.

Im übrigen wurden von den Gaswerken verbraucht: 6.710 kg Heizöl zur Dampferzeugung, 9.554 kg Gasodor, 84.060 kg Spindelöl zur Stromerzeugung und weitere 550.429 kg Spindelöl für die Gebläse, 40.000 kg Gewerbesalz, 156.760 kg Natronlauge, 196.020 kg Salzsäure, 41.543 kg Methanspaltkontakte, 1.050 kg Braunoxydkatalysator, 5,230.294 m<sup>3</sup> Nutzwasser, 1,628.786 m<sup>3</sup> Hochquellenwasser, 10,072,802 kWh von den Elektrizitätswerken bezogene und 3,234.505 kWh selbsterzeugte elektrische Energie.

Von den Ausbau- und Erhaltungsarbeiten während des Jahres 1970 sollen hier nur die wichtigsten genannt werden. Im Werk Simmering wurden die Anlage der Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik und eine Leichtbauhalle für die halbertechnische Spalt- und Konvertierungsanlage fertiggestellt. Die Erdgasreglerstation „Süd“ wurde erweitert und ein Nutzwasserschachtbrunnen errichtet. Ferner wurde das Projekt für eine Erdgas-hochdruckleitung (64 atü) von Baumgarten nach Simmering ausgearbeitet und ein zweites Niederdruck-Gasgebläse im Reglerhaus aufgestellt.

Im Werk Leopoldau wurden Montagearbeiten an der CCR-Anlage Nr. III ausgeführt, ein neues Gasgebläse mit Dampfturbinenantrieb mit einer Leistung von 65.000 m<sup>3</sup>/h aufgestellt, eine große Regelstation für Erdgas errichtet und eine Erdgas-Hochdruckleitung (40 atü) von Seyring nach Leopoldau projektiert.

Im Hauptrohrnetz für Stadtgas wurden 24.407 m neue Rohrleitungen verlegt; davon waren 5.442 m Hochdruckleitungen und 18.965 m Niederdruckleitungen. Der überwiegende Teil der Neurohrlegungen wurden in 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, 11, Siedlung an der Mühlengergasse, 22, Wohnhausanlage an der Ziegelhofstraße, im Bezirkszentrum Kagran, sowie im 23. Bezirk in der Brunner Straße ab Nr. 340 durchgeführt.

In den Randbezirken von Wien und in den versorgten Gemeinden Niederösterreichs wurde das Rohrnetz weiter ausgebaut, größere Neurohrlegungen wurden auch in Niederösterreich in den Gemeinden Perchtoldsdorf, Römerfeldsiedlung, und Wiener Neudorf, Mitterfeldsiedlung, vorgenommen.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 69.110 m Rohrleitungen ausgewechselt; davon sind 656 m Hochdruckleitungen und 68.454 m Niederdruckleitungen. 1.891 m Hochdruckleitungen und 7.136 m Nieder-



druckleitungen wurden außer Betrieb gesetzt. Ferner wurden zur Verbesserung der Druckverhältnisse bei Stadtgas 2.508 m Rohrleitungen von Niederdruck auf Hochdruck umgestellt. 3.620 m Hochdruckstränge und 38.865 m Niederdruckstränge wurden von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet. Zu Ende des Jahres 1970 betrug die gesamte Länge des Stadtgas-Rohrnetzes 2,616.880 m; davon entfielen auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz 299.844 m sowie auf das Niederdruckrohrnetz 2,317.036 m. Der Rauminhalt des gesamten Stadtgasrohrnetzes betrug 148.377 m<sup>3</sup>, wovon 47.434 m<sup>3</sup> auf das Hochdruckrohrnetz und 100.943 m<sup>3</sup> auf das Niederdruckrohrnetz entfielen.

Im Erdgasnetz wurden 18.524 m neue Rohrleitungen verlegt, und zwar 13.120 m Hochdruck- und 5.404 m Niederdruckleitungen. Wegen Trassenänderung mußten 321 m Erdgashochdruckleitungen ausgewechselt werden. 3.620 m Hochdruckleitungen und 38.865 m Niederdruckleitungen wurden anlässlich der Umstellung von Stadtgas auf reine Erdgasversorgung entsprechend umgeschaltet. Zu Ende des Jahres 1970 hatte das Erdgas-Rohrnetz eine Gesamtlänge von 124.849 m; davon entfielen auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz 64.115 m und auf das Niederdruckrohrnetz 60.734 m. Der Rauminhalt des Erdgas-Rohrnetzes betrug 6.575 m<sup>3</sup>, wovon 4.663 m<sup>3</sup> auf das Hochdruckrohrnetz und 1.912 m<sup>3</sup> auf das Niederdruckrohrnetz entfielen.

Insgesamt waren zu Jahresende im Versorgungsgebiet der Gaswerke 2,741.729 m Rohrleitungen verlegt. Der mittlere Durchmesser der im Stadtgasrohrnetz verlegten Leitungen ist mit 0,269 m anzugeben, der mittlere Durchmesser der Erdgasleitungen mit 0,259 m.

Die Bauaufsicht kontrollierte 20.357 fremde Aufgrabungen, bei denen 3.588 Stellen am Hauptrohrnetz und 7.023 Gaszuleitungen freigelegt wurden.

Gebrechen im Stadtgasrohrnetz wurden am Hauptrohrnetz 728, an unbenützten Kandelabern 5 und an privaten Zuleitungen 438 festgestellt. Bei den Gebrechen am Hauptrohrnetz handelte es sich um 89 Rohrbrüche, 14 Schäden an Absperrorganen, 432 undichte Muffen und 193 sonstige Rohrnetzschäden. An den privaten Zuleitungen waren 6 Rohrbrüche, 4 Schäden an Absperrorganen, 13 undichte Muffen und 415 sonstige Zuleitungsschäden zu beheben.

Zu Ende des Jahres 1970 standen 177 Druckregleranlagen in Betrieb, darunter 134 Gebietsregler, zu denen 4 Erdgasregleranlagen und 1 Gebietstrennungregler zählten, sowie einschließlich von 11 Erdgasreglern 43 Firmenregler. Für die notwendige Gebietsverteilung sorgten 5 ferngesteuerte Schieber. 9 Regleranlagen wurden im Laufe des Jahres 1970 neu errichtet. Von den 134 Gebietsregleranlagen waren 82 mit schreibenden Mengenmeßgeräten ausgestattet.

Bei den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg wurden laufend zahlreiche Ausbau-, Überholungs-, Überprüfungs- und Erhaltungsarbeiten durchgeführt.

Im Laufe des Jahres 1970 wurden 894 Zuleitungen neu hergestellt, 1.587 instand gesetzt und 785 vom Gashauptrohr wieder abgetrennt, so daß am Jahresende 92.441 Zuleitungen in Benützung standen.

An Stadtgaszählern wurden 10.734 neu aufgestellt, 7.628 weggenommen und 7.588 auf Erdgas umgestellt. In 19.610 Fällen wurden größere, in 216 Fällen kleinere Zähler aufgestellt. In 17.408 Fällen wurden die Zähler aus anderen Gründen ausgewechselt. Bei den Erdgaszählern gab es 1.066 Neuaufstellungen, 28 Wegnahmen und 7.588 Umstellungen von Stadtgas auf Erdgas; Vergrößerungen, Verkleinerungen oder Auswechslungen waren nicht notwendig. Den Verbrauch von Stadtgas und Erdgas registrierten insgesamt 781.188 Zähler. 5.694 waren Münzgaszähler und 233 Hochleistungszähler.

In den eigenen Werkstätten wurden 44.888 Gaszähler untersucht. Davon wurden wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 1.982 durch eine Generalreparatur und 423 durch eine Teilreparatur instand gesetzt sowie 4.823 mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht. An 12.353 Gaszählern waren kleine Reparaturen notwendig.

Bei Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 174 Gaszähler repariert, 1.269 Zähler mußten kostenfrei instand gesetzt werden, da die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war.

Ferner wurden an 31.088 Leitungsanlagen die vorgeschriebene Dichtheitsprüfung durchgeführt, wobei sich in 839 Fällen Beanstandungen ergaben.

Von den Hausdienstmonteuren wurden 231.850 Gasgeräte auf ihren Gebrauchszustand untersucht; 33.760 davon wurden instand gesetzt, 5.544 bis zur Behebung ihrer Mängel durch einen Installateur von der Benützung ausgeschlossen und 2.252 Geräte aus Sicherheitsgründen endgültig gesperrt.

Am Ende des Jahres 1970 war in 12.743 gewerblichen und 6.341 Industriebetrieben die Gasverwendung eingeführt. Die Gasgeräte und Feuerstätten von 34.576 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchzuführen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Wohl nicht zuletzt infolge der Brennstoffknappheit langte eine weitaus höhere Zahl von Anträgen um die Genehmigung des Anschlusses von Heizgeräten ein als im Jahre 1969. Davon wurden 16.207 Anträge behandelt und 16.154 Anträge mit einer Nennbelastung von 1,919.100 kcal/h mußte die Bewilligung versagt werden. Die Genehmigungen betrafen den Anschluß von 3.682 Strahlern, 7.280 Außenwandheizöfen, 723 Radiatoren, 1.209 Speicheröfen, 4.312 Etagenheizkesseln und 2.538 Zentralheizkesseln.

Insgesamt liefen 110.796 Störungsmeldungen ein; bei 24.306 handelte es sich um Störungen und Gebrechen, bei 7.455 um eine notwendige Zuleitungsreinigung sowie bei 79.035 um Ein- und Abschaltungen, Anlagenuntersuchungen oder routinemäßige Überprüfungen.

Im Jahre 1970 wurden insgesamt 114 Gas- und Abgasvergiftungen gemeldet, bei denen 120 Personen verunglückten. 18 beabsichtigte Selbstmorde und Morde gelangen, bei weiteren derartigen Versuchen erkrankten



64 Personen. Bei Unfällen durch Ausströmen von Gas starb eine Person, während 17 Menschen erkrankten. Ausströmende Abgase brachten 7 Personen den Tod und lösten bei 3 weiteren Vergiftungserscheinungen aus. In 4 Todesfällen und bei 6 Vergiftungen mit Gas konnte die auslösende Ursache nicht geklärt werden.

Dem Werbe- und Beratungsdienst standen die Schauräume der Beratungsstelle Mariahilf für seine Tätigkeit zur Verfügung, die von 28.786 Personen besucht wurden. Auch der Ausstellungsstand bei der Frühjahrs- und Herbstmesse fand überaus reges Interesse. Ferner stand im Österreichischen Bauzentrum eine Ausstellungs-koje das ganze Jahr über in Betrieb. An 50 Vorträgen in der Beratungsstelle Mariahilf nahmen 1.142 Personen teil. An Interessenten wurden 1.260 Kochbücher und 19.300 Broschüren aller Art teils gegen Bezahlung, teils unentgeltlich abgegeben. Um die Umstellung auf Erdgas anzukündigen, wurden auf ca. 1.000 Plakatflächen 3 verschiedene Erdgasplakate affiziert und in den öffentlichen Verkehrsmitteln 2 Serien von Erdgasplakaten („2 = 1/2“ und „Sicherheit durch Erdgas“) angebracht. Am 26. September 1970, dem „Tag der offenen Tür“, wurden überdies von den Wiener Stadtwerken 6.500 Stück Informationsblätter über den Gasgebrauch und seine Vorteile verteilt.

Die Gasgemeinschaft finanzierte im Jahre 1970 den Ankauf von 3.751 Gasgeräten sowie 840 Installationen mit 21.048.053 S. Durch die Badezimmeraktion wurden außerdem 1.947 Badezimmer eingerichtet, wofür 29.392.020 S auszulegen waren.

In der behördlich autorisierten Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke-Gaswerke wurden Allgas- und Multigasgeräte einer Prüfung unterzogen, und zwar 39 Geräte einer Hauptprüfung (ÖNORM-Prüfung), 16 einer Nachprüfung, 2 einer Entwicklungsprüfung und 3 einer Funktionsprüfung.

Für die Benützung von Erdgas anstatt von Stadtgas wurden 19 Gasherde, 35 Gaswasserheizer, 60 Gasheizöfen, 1 Heizstrahler und 1 Wasserspeicher umgebaut. Weiters wurden 129 Stadt- und Erdgasanalysen durchgeführt, sowie 32 Brat-, Back- und Grillversuche praktiziert.

Im November 1970 übersiedelte die Versuchsanstalt in die im Werk Simmering neu errichtete Anlage. Diese Anlage besteht aus einem Bürogebäude, in dem auch Labors untergebracht sind, und aus zwei Prüfhallen. Die kleine Prüfhalle ist mit Prüfköjen für Gasherde, Gaswasserheizer und Heizöfen mit Kaminanschluß sowie für Geräte mit Außenwandanschluß ausgestattet. In der zweiten, größeren Prüfhalle können gewerbliche Gasgeräte bis zu einer Leistung von 1.000.000 kcal/h geprüft werden.

## Verkehrsbetriebe

Von den Verkehrsbetrieben mit ihrem dichten Verkehrsnetz gehen kräftige Impulse auf die Stadt Wien aus, die sich jedoch zum großen Teil in der Infrastruktur auswirken und dort für die Mehrheit der Bevölkerung unsichtbar bleiben. Sichtbar hingegen werden jene Anstrengungen, die von den Verkehrsbetrieben unternommen werden müssen, um durch stetige Rationalisierungen der vor allem durch den Personalaufwand bedingten Kostensteigerungen, aber auch der Personalknappheit Herr zu werden. In der Zeit vom 1. Jänner 1951 bis 31. Dezember 1969 wurden Reorganisations- und Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, ohne die der im Jahre 1970 eingetretene Verlust noch um etwa 193,5 Millionen Schilling höher gewesen wäre. In diesem Jahr wurden im Straßenbahnbetrieb auf weiteren Linien schaffnerlose Beiwagen und Großraumwagen eingesetzt, Autobuslinien im Einmannbetrieb geführt, der innerstädtische Autobusverkehr wurde reduziert, der kaum noch in Anspruch genommene Nachtautobusverkehr eingestellt und schließlich wurden Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb umgestellt; durch alle diese Maßnahmen konnte der zu erwartende Verlust um etwa 10 Millionen Schilling niedriger gehalten werden. Reorganisationsmaßnahmen in der Hauptwerkstätte, die Ausweitung des Flüssiggasbetriebes und die Verlängerung der Revisionszeiträume für Schienenfahrzeuge bewirkten weitere Einsparungen von etwa 2,5 Millionen Schilling.

Die bewährten Maßnahmen, wie der Einsatz von zusätzlichen Großraum-Gelenktriebwagen im Einmannbetrieb sowie von schaffnerlosen Beiwagen und die Anpassung des Platzangebotes an die Frequenz werden im Straßenbahn- und Autobusbetrieb weiterhin angewendet werden, um die Verluste zu vermindern. Eine nachhaltige Besserung der Probleme des öffentlichen Nahverkehrs im Ballungsraum Wien wird die Errichtung der U-Bahn bringen. Die U-Bahn und die S-Bahn werden, entsprechend dem Wiener Verkehrskonzept, ein Verkehrsnetz erster Ordnung bilden, das durch Schnellstraßenbahnen auf eigenen Gleiskörpern oder in eigenen Tramwaystraßen ergänzt wird. Autobusse sollen dann als Zubringer fungieren und die flächenmäßige Erschließung vornehmen. Damit wird die Straßenbahn in Zukunft nicht mehr die Hauptlast des Massenverkehrs zu tragen haben.

Für die Wiener U-Bahn wurden von der Stadtverwaltung bis Ende des Jahres 1969 187 Millionen Schilling ausgegeben, weitere 438 Millionen Schilling hat der Gemeinderat für das Jahr 1970 genehmigt und im Budget, der Stadt Wien für das Jahr 1971, sind für den U-Bahnbau rund 700 Millionen Schilling vorgesehen. Damit überschreiten die Aufwendungen für das künftige Massenverkehrsmittel Wiens bereits den Betrag von 1 Milliarde Schilling. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Kosten ist für die Finanzierung des U-Bahnbaues die im Jahre 1970 im Parlament getroffene Entscheidung, einen Zuschuß des Bundes an die Stadt Wien in Höhe von 2,4 Milliarden Schilling für dieses Bauvorhaben zu gewähren, von eminenter Bedeutung. Es steht der Verwirklichung des Verkehrskonzepts nun nichts mehr im Wege, das in Zukunft entscheidend dazu beitragen wird, die Lebensverhältnisse der Wiener Bevölkerung angenehmer zu gestalten.

Im Jahre 1970 wies die Beförderungsleistung der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe wie in den Vorjahren eine rückläufige Tendenz auf. Mit rund 420 Millionen Beförderungsfällen war sie um 1,4 Prozent geringer als im



Jahr vorher. Im Wirtschaftsplan war sogar mit einem Absinken auf 417 Millionen Beförderungsfälle gerechnet worden. Der Frequenzrückgang, der im Jahre 1969 mit 0,4 Prozent schon fast zu einem Stillstand gekommen war, verschärfte sich somit neuerlich. Die Ursache dieser Entwicklung ist in dem nun wieder stärker anwachsenden Individualverkehr zu suchen. Jedoch konnte der Wiener Bevölkerung ungeachtet der den öffentlichen Verkehr behindernden Einflüsse des Individualverkehrs ein angemessenes Beförderungsangebot offeriert werden.

Bei der Straßenbahn und Stadtbahn ging die Fahrgastfrequenz im Jahre 1970 um 2,7 Prozent zurück. Die Wagennutzkilometerleistung sank um 2,8 Prozent. Als wirksame Maßnahme gegen den Personalmangel wurde auf Grund der bisherigen guten Erfahrungen der Betrieb mit schaffnerlosen Beiwagen mit Fahrstreifenentwertern weiter ausgebaut. Es werden nun bereits auf 21 Linien schaffnerlose Wagen geführt. Der Wageneinsatz wurde entsprechend der verminderten Fahrgastfrequenz reduziert und drei Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb umgestellt, wodurch weiteres Personal im Straßenbahnbetrieb eingespart werden konnte. Auf diese Weise war es möglich, die Abnahme der Zahl der Fahrbediensteten im Jahre 1970 — Kurzschaffnerinnen im 24-Stunden-Dienst sind hier nur halb gezählt — von 4.537 auf 4.315 auszugleichen. Wie alljährlich, war aus bestimmten Anlässen ein besonderer Verkehrsbedarf gegeben und daher ein vermehrter Wageneinsatz notwendig. Im Jahre 1970 zählten dazu die Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, die Wiener Festwochen, Ostern und Pfingsten, der Muttertag, die Totenfeiertage, die Vorweihnachtstage und die Silvesternacht, ferner Veranstaltungen im Stadion und auf anderen Sportplätzen, in der Stadthalle sowie auf dem Renn- und Trabrennplatz, der traditionelle Fackelzug der Sozialistischen Partei Österreichs am 30. April, das Flugplatzrennen in Aspern am 3. Mai, der Zapfenstreich des Bundesheeres am 15. Mai, das Volksstimmefest am 27. und 28. Juni, der Praterummel am 22. und 23. August sowie Bade- und Ausflugstage. Ein verstärkter Wageneinsatz wegen des Schülerverkehrs wurde auf 10 Straßenbahnlinien und auf der Stadtbahn geführt.

Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn wurde, vom 1. November abgesehen, am Donnerstag, den 12. März, mit 196.998,3 Wagennutzkilometern und auf der Stadtbahn Donnerstag, den 5. März, mit 69.626,3 Wagennutzkilometern erzielt.

Die saisonbedingten, periodischen Frequenzzählungen (Schaffnerzählungen) wurden auch im Jahre 1970 durchgeführt, außerdem erfolgte eine Zählung des Silvesternachtverkehrs. Weiters wurden im März, Juli und Oktober Fahrgastzählungen auf der Wiener Schnellbahn zu Verrechnungszwecken durchgeführt.

Besondere Maßnahmen im Straßenbahnbetrieb waren die Verwendung von Gelenktriebwagen und die Staffellung der Fahrzeiten in Tagesspitzen-, Normal- und Wochenendfahrzeit auf der Linie 78, die Inbetriebnahme von Gleisprovisorien wegen der U-Bahnbauarbeiten am Karlsplatz und einer durch den Betriebsbahnhof Vorgarten führenden Schleife an Stelle der gleichzeitig wegen Umbauarbeiten am südlichen Brückenkopf der Reichsbrücke gesperrten Schleife Mexikoplatz (Bäderschleife) im Jänner; der Einsatz von schaffnerlosen Beiwagen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ab Februar auf der Linie 25, ab Juli auf der Linie 8, ab August auf der Linie 36 und ab September auf der Linie H<sub>2</sub>, ferner an allen Tagen auf der Linie 60 ab August und nur an Samstagen auf der Linie G<sub>2</sub> ab September; ferner die Änderung der Linienführung bei der Linie 8 zwischen Gürtel und Stiegersgasse durch die Ullmannstraße ab März und der Linie 5 auf der neuen Gleisanlage am Mariahilfer Gürtel ab Juli; die Abtragung der Gleisanlagen der ehemaligen Straßenbahnlinie 80 in der Schüttelstraße einschließlich der Schleife Thugutstraße—Böcklinstraße wegen der Straßenbauarbeiten im April sowie die Inbetriebnahme des neuen Expeditis der Linie 5 im Hause Matrosengasse 7, vor dem gleichzeitig eine feste Haltestelle errichtet wurde. Eine Lösung für die Bestückung der Linie 58 nur mit Gelenktriebwagen fand sich ab Ende November dadurch, daß auf der Straßenbahnlinie 231 (Brigittenau) an Werktagen, außer an Samstagen, einige Züge mit schaffnerlosen Beiwagen geführt werden, wodurch Gelenktriebwagen für die Linie 58 frei wurden.

Die Betriebsüberwachung nahm bei einem Personalstand von 125 Revisoren im Jahre 1970 insgesamt 337.197 Wagenkontrollen vor, bei denen 4.890.621 Fahrgäste überprüft und 29.591 meldepflichtige Vorgänge festgehalten wurden. Außerdem waren 50 Kontrolloren nur für die Fahrstreifenüberprüfung in den schaffnerlosen Beiwagen und im gesamten Stadtbahnbereich eingesetzt. Diese Kontrolloren überprüften bei insgesamt 241.431 Wagenkontrollen 3.948.095 Fahrgäste und erstatteten 20.435 Meldungen. Außer den ständigen Platzdienstleistungen im Früh- und Abendspitzenverkehr waren die Beamten der Betriebsüberwachung anlässlich von 5 Veranstaltungen auf der Ringstraße, von kirchlichen und sonstigen Umzügen, von 14 Veranstaltungen im Stadion sowie von 204 Veranstaltungen in der Wiener Stadthalle eingesetzt. Der Funkwagendienst der Betriebsüberwachung bewährte sich weiterhin im Einsatz bei Verkehrsunfällen und sonstigen Betriebsereignissen sowie bei der Behebung von Störungen. Im Jahre 1970 wurden ferner 5.209 Lastentransporte durchgeführt. Unter den für den Fahrdienst aufgenommenen 94 Personen waren 6 Frauen. 425 Bedienstete erhielten eine Grundausbildung. Schließlich wurde in 6.636 zusätzlichen Schulungen für den Einsatz auf Zügen mit schaffnerlosen Beiwagen und auf tiefgeführten Linien sowie zur Auffrischung und Erweiterung der Kenntnisse für eine erfolgreiche Verwendung des Personals vorgesorgt.

Die Fahrgastfrequenz im Autobusbetrieb, einschließlich der auf diesen umgestellten Straßenbahnlinien, stieg um 7,3 Prozent, die Wagennutzkilometerleistung um 7,7 Prozent an.

Die Tarifgemeinschaft mit den im Wiener Gemeindebereich betriebenen Post- und Privatautobuslinien konnte mit einer Linie der Österreichischen Bundesbahnen auf insgesamt 18 Linien erweitert werden.

Infolge der Umstellung des Verkehrskonzepts, der Erweiterung des Einmannbetriebes sowie der Einstellung von 2 innerstädtischen Tag- und 8 Nachtautobuslinien konnten 4 neue Autobuslinien (18 A: Stadionbrücke—Stadlau; 33 A: Brigittener Lände—Heiligenstädter Brücke; 50: Hütteldorf—Hacking—Weidlingau—Wurzbachtal



und 65: Windtenstraße—Inzersdorf) in Betrieb genommen werden. Von Straßenbahn auf Autobusbetrieb umgestellt wurden die Linien 17 A (gekoppelt mit der Autobuslinie 26 mit neuem Liniensignal 28), 39 (Autobuslinie mit gleichem Liniensignal) sowie 217 und 317 (Autobuslinien 117, 217 und 317). Änderungen in der Linienführung ergaben sich bei den Autobussen der Linien 4, 28, 56, 66 A, 80, 81 und 166 A. Eingestellt wurden mit Ende August die Autobus-Taglinien 4, 5, 6, 7, 8 und 9 sowie die Autobus-Nachtlinien A, B, C, D, E, F, G, und J. Zur gleichen Zeit wurden die innerstädtischen Autobus-Taglinien 1, 2, 3 und 4 in Betrieb genommen. Diese Linien werden an allen Werktagen expeditorlos nach dem System „Mann am Wagen“ zu einem Sondertarif betrieben, wie überhaupt neu eingerichtete oder von Straßenbahn- auf Autobusbetrieb umgestellte Linien nach Möglichkeit im Einmannbetrieb vorgesehen und die Wagen mit Fahrscheinwertern ausgestattet wurden.

Insgesamt wurden im Jahre 1970 aus verkehrstechnischen Gründen, auf Grund geänderter Linienführungen sowie wegen der Inbetriebnahme oder Einstellung von Autobuslinien 288 Haltestellen aufgelassen, 190 neu errichtet und 22 verlegt.

Eine vermehrte Wagenführung auch im Autobusbetrieb war anlässlich der Frühjahrs- und Herbstmesse notwendig. Zu Messezeiten wurde eine Sonderlinie vom Messepalast zum Messegelände geführt. Weiters wurde aus besonderen Anlässen ein Autobusersatzverkehr für die Straßenbahnlinien D, 11, 16, 52, 71 und 331 sowie für die Stadtbahnlinie WD eingerichtet. Zahlreiche Sonderfahrten wurden auf Bestellung geleistet.

Im Laufe des Jahres 1970 wurden insgesamt 860 Bedienstete, davon 76 in einer Autobuslenker-Fachschule, 5 in Autobuslenker-Wiederholungsschulen, 15 als Lastwagenlenker, 37 als Verschublenker sowie 727 in Sonderschulen für Funkwagen, Weichenputzwanen und Elektrokarren geschult. Zur Förderung des Lenker-Nachwuchses wurde in einer betriebseigenen Fahrschule die Ausbildung für den Erwerb des Führerscheines der Gruppe „C“ durchgeführt.

Zu Jahresende standen 31 Linien an allen Tagen, 9 nur an Werktagen und 2 nur an Sonn- und Feiertagen in Betrieb. Davon wurden 24 Linien ständig und 6 Linien zu bestimmten Zeiten im Einmannbetrieb geführt.

Für den Bau der U-Bahn wurden vordringlich die Detailplanungen für den Raum Heiligenstadt, den Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese, die Station Schottenring sowie den Innenausbau des Bauwerkes Karlsplatz betrieben. Dazu waren grundlegende Arbeiten für den Funktions- und Organisationsplan der U-Bahn erforderlich, ferner verkehrstechnische Untersuchungen, wie die Auswertung der Verkehrsbelastungsuntersuchungen von Prof. Dipl.-Ing. Dr. Engel. Weiters waren betriebliche Untersuchungen für eine teilweise Betriebsaufnahme auf der Linie U 4 und die Klärung offener Fragen bei der Umstellung der Stadtbahn von Links- auf Rechtsbetrieb notwendig. Außerdem wurden die von Zivilingenieuren erstellten Projektstudien auf ihre betriebsrechtliche Funktion überprüft und nötigenfalls überarbeitet. Für die Vorbereitung des inzwischen abgeschlossenen Architektenwettbewerbes wurden Richtlinien aufgestellt, die sich auf die Betreiberfordernisse bezogen. In Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen wurden weiterhin Sonderfahrzeuge der U-Bahn, Fahrtreppen und Lüftungsbauwerke projektiert. Ebenso wurden die Arbeiten an der Stromschienenanlage der Probestrecke ausgeschrieben und vergeben. Im Zusammenhang damit wurden Messungen von Isolationswiderständen an verschiedenen Stromschienenisolatoren, abhängig vom Verschmutzungsgrad, durchgeführt.

Für das Baulos Karlsplatz wurde die Projektierung der Elektroinstallation weitergeführt. Das für die Stromversorgung Karlsplatz erarbeitete Prinzip wird auch bei anderen U-Bahnstationen in modifizierter Form angewendet werden. Weiters wurde mit der Projektierung der Elektroinstallation für den Bahnhof Wasserleitungswiese und das Stellwerk Friedensbrücke begonnen. Auf der Baustelle Karlsplatz wurde die einwandfreie elektrische Durchverbindung der Armierung überwacht und durch Messungen kontrolliert. Um eine optimale Lösung zur Vermeidung von Streuströmen und in deren Folge von Korrosionsschäden zu erreichen, wurde die Technische Hochschule Wien beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Ferner wurde an einem Netzmodell der Brown Boveri-Werke AG in Mannheim die Traktionsstromversorgung bei verschiedenen Betriebs- und Kurzschlußfällen gemessen, wobei sich die von den Wiener Verkehrsbetrieben getroffenen Annahmen und Berechnungen, besonders die Wahl eines größeren Stromschienenprofils, als richtig erwiesen.

Nach der Entscheidung über die Signal- und Sicherungsanlagen (Kurzschleifensystem und Spurplantchnik der Firma Siemens GesmbH) wurde die Einrichtung für die Probestrecke und die ersten Prototypen des U-Bahn-Wagens bestellt. Diese Sicherungseinrichtungen der Probestrecke werden im Stellwerk Friedensbrücke untergebracht. Die Vorarbeiten für den neu zu errichtenden Hochbau konnten so weit abgeschlossen werden, daß anfangs des Jahres 1971 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Desgleichen wurden Versuche über die Verlegungsmöglichkeiten des Linienleiters eingeleitet.

Die Projektierungsarbeiten für die nächsten Ausbaustufen (Teilbetriebsaufnahme im Bereich der Probestrecke, Bahnhof Wasserleitungswiese) wurden, soweit sie die Sicherungsanlagen betrafen, zügig weitergeführt. Die Vorarbeiten für die Leitstelle „Karlsplatz“, die zentrale Überwachungsstelle des U-Bahnnetzes, die allen betriebs- und sicherungstechnischen Erfordernissen des U-Bahnbetriebes mit modernsten Mitteln gerecht werden soll, machten ebenfalls gute Fortschritte. Die Planungsaufträge für den Umbau der Stadtbahn und der tiefgeführten Straßenbahnlinie in der Lastenstraße (Linie 2) auf U-Bahnbetrieb wurden an Zivilingenieure vergeben.

Die Pläne für die Gleis- und Hochbauanlagen des U-Bahnbetriebsbahnhofes Wasserleitungswiese wurden soweit fertiggestellt, daß Anfang des Jahres 1971 um die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung angesucht werden kann. Gleichzeitig wurde der Bauentwurf für das Stellwerk Friedensbrücke ausgearbeitet. Eine weitere Planungsarbeit war, Vorschriften für den U-Bahnbau auszuarbeiten.

Zusätzliche Arbeiten ergaben sich durch die Mitwirkung beim Architektenwettbewerb für die Ausgestaltung



der U-Bahn Wien, die termingerechte Vorlage von Eingaben an die Aufsichtsbehörde, die Mitarbeit bei der Ausarbeitung des Netzplanes für den Bauablauf sowie durch die Planung der Bauphasen für die Stadtbahnumstellung.

Beim Bau der U-Bahn-Probestrecke zwischen den Stadtbahnhaltestellen Friedensbrücke und Heiligenstadt wurde nach Abtragung des Dammes eine 440 m lange und im Schnitt ca. 2,70 m hohe Stützmauer zwischen den Anlagen der Österreichischen Bundesbahnen und der Verkehrsbetriebe errichtet; außerdem wurden 2.800 m Gleis verlegt.

Nach dem Eisenbahngesetz 1957 mußte schließlich die Baustelle Karlsplatz des 1. U-Bahnbaubereiches überwacht werden.

Der Wagenpark von Straßenbahn und Stadtbahn umfaßte 924 Straßenbahntriebwagen, 937 Straßenbahnbeiwagen, 130 Stadtbahntriebwagen und 200 Stadtbahnbeiwagen am Ende des Jahres 1970. Wegen Überalterung oder Fahruntauglichkeit waren im Laufe des Jahres 61 Triebwagen sowie 25 Beiwagen ausgeschieden worden. Neue Personenwagen wurden nicht beschafft, weil die Entwicklungsarbeiten für die bestellten Einmanntriebwagen viel Zeit in Anspruch nahmen. 226 Wagen waren sechsachsige Gelenktriebwagen der Straßenbahn. 1.296 Straßenbahnpersonenwagen hatten Stahlaufbauten. Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurde fortgesetzt, wobei 20 Gelenktriebwagen der vierachsigen Bauart, 9 vierachsige Großraum-Beiwagen und ein vierachsiger Großraumzug umgebaut wurden. Zu Jahresende standen insgesamt 377 Triebwagen und 313 Beiwagen zum schaffnerlosen Beiwagenbetrieb zur Verfügung; für den Triebwagen-Einmannbetrieb wurde ein sechsachsiger Gelenktriebwagen ausgeliefert.

Mit einer fahrshalterunabhängigen Weichensteuerung waren 353 Triebwagen ausgerüstet. Im Rahmen des Erneuerungsprogramms wurden weitere 33 sechsachsige Gelenktriebwagen bestellt. Diese Serie wird ebenfalls bereits für den Triebwagen-Einmannbetrieb ausgestattet werden.

Ferner wurde die ursprüngliche Bestellung eines U-Bahn-Vollzuges auf zwei Vollzüge erweitert. Somit wurden 6 Doppelwagenkasten, 28 Triebdrehgestelle und 3 zusätzliche Elektroausrüstungen für die Wagen bestellt.

Die Hauptwerkstätte durchliefen 2.526 Wagen und 388 Drehgestelle, an denen alle Arten von Arbeiten mit einer Gesamtzahl von rund 57.000 Einzelleistungen ausgeführt wurden. Daneben besorgten Privatfirmen Umbauten an 30 Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb. 52 Triebwagen wurden mit einer neuen elektrischen Weichenstelleneinrichtung ausgerüstet, und bei 28 Beiwagen wurden Sanierungsarbeiten am Wagenkasten durchgeführt. Die Zahl der Kleinteilreparaturen betrug 22.412.

Die Hochbauarbeiten an der Zentralwerkstätte wurden fortgesetzt und die Autohauptwerkstätte in der großen Werkhalle sowie zahlreiche andere Gebäudeteile bereits fertiggestellt. In allen Stadtbahnstationen wurden die Bedürfnisanstalten instand gesetzt. Im Zusammenhang mit dem Verkehrsbauwerk Lobkowitzbrücke wurde auch am Umbau der Stadtbahnstation Meidling-Hauptstraße weitergearbeitet. In der Autobusgarage Vorgarten wurde eine Revision der Zentralheizung und Umbauten in der Garage für den Flüssiggasbetrieb vorgenommen. Insgesamt wurden 16 Wartehallen neu gebaut und 5 abgetragen.

Beim Gleisbau wurden im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau im Bereich der Baustelle Karlsplatz ein drittes Gleisprovisorium und infolge der Sperre der Favoritenstraße ein Langzeitprovisorium für die Linien 66, 67 und 167 durch die Graf Starhemberg-Gasse zum Südtiroler Platz gebaut. Weiters mußte eine provisorische Doppelgleisstraße im Streckenabschnitt Favoritenstraße, zwischen Columbus- und Reumannplatz, gebaut werden. Im Bahnhof Vorgarten wurden Gleisanlagen für Schulungsfahrten gebaut und im Bereiche der Zentralwerkstätte Simmering wurden die Gleislegungsarbeiten fortgesetzt.

Die Zahl der Unfälle im Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb betrug 2.625, im Autobusbetrieb 1.202.

An Haftpflichtenschädigungen und -renten wurden im Jahre 1970 insgesamt 4.363.997 S bezahlt, Schadenersatzansprüche wurden in der Höhe von 3.874.412 S eingehoben.

## Städtische Bestattung

Im Jahre 1970 verstarben in Wien 28.803 Personen, um 442 (1,5 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. Der Städtischen Bestattung wurden 26.084 Bestattungen zur Durchführung übertragen. Davon waren 4.124 (15,8 Prozent) Kremationen. Weitere Aufträge betrafen 1.671 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen, 1.060 Überführungen innerhalb Österreichs und in das Ausland, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, nach Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn. 3.052 Aufträge betrafen verschiedene andere Leistungen. 222 Bestattungen veranstaltete das Unternehmen auf eigene Kosten, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufkommen wären.

Der Anteil der Städtischen Bestattung an den im Jahre 1970 angefallenen Bestattungen lag bei 97 Prozent, der Rest entfiel auf Pächter in den an Wien angrenzenden Gemeinden oder auf Erfüllungsgehilfen des Unternehmens. Die meisten Aufträge brachte der Jänner mit 3.654 Fällen, die wenigsten waren im Monat August mit 2.233 Bestattungen zu erfüllen.

Der Fuhrpark hatte eine Fahrleistung von rund 786.940 km zu verzeichnen, um 25.550 km mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt entfiel auf einen Auftrag eine Fahrleistung von 27 km. Das Unternehmen verfügte zu Ende des Jahres 1970 über 18 Kastenwagen (Fourgons), 15 Glas- und Blumenwagen sowie 18 sonstige Fahrzeuge für Wirtschaftsfahrten und Mannschaftstransporte.



Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 46.916 Särge hergestellt, um 3.002 mehr als im Jahre 1969. Ein Teil der Produktion war für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt.

Ferner führte das Unternehmen zu Jahresende rund 2.950 bei Lebzeiten erteilte Bestattungsaufträge in Evidenz.

Infolge der erhöhten Sterblichkeit zu Jahresbeginn mußten die Bediensteten des Aufnahme- wie des Bestattungsdienstes zu erheblichen Mehrdienstleistungen und zu zusätzlichen Dienstleistungen an Samstagen herangezogen werden, zum Beispiel auf dem Wiener Zentralfriedhof und in der Feuerhalle der Stadt Wien an zwei Samstagen und auf dem Friedhof Baumgarten an fünf Samstagen. Im Durchschnitt wurden, ohne Urnenbestattungen und Exhumierungen, pro Tag 170 Bestattungen durchgeführt, am 16. Jänner 1970 sogar 197. Auch im Sargerzeugungsbetrieb mußten, um den erhöhten Bedarf an Särgen in Wien und in den übrigen Bundesländern decken zu können, Samstage für Mehrdienstleistungen benützt werden.

Auf dem Friedhof Liesing wurde am 31. März 1970 die umgebaute Aufbahrungshalle der Benützung übergeben. Der Umbau der Halle wurde von der städtischen Friedhofsverwaltung und der Städtischen Bestattung unter Mitwirkung von Architekt Dipl.-Ing. *Boltenstern* durchgeführt. Die Gestaltung des Aufbahrungsraumes entspricht der neuen, bereits auf mehreren Friedhöfen bestehenden Form. Das maximale Fassungsvermögen der Halle beträgt 150 Personen, für die Hinterbliebenen steht ein eigener Warteraum zur Verfügung.

Neben den größeren Bauarbeiten auf den Friedhöfen Ottakring, Hietzing und auf dem Wiener Zentralfriedhof, die in den beiden zuerstgenannten Friedhöfen über das Jahresende hinaus andauerten, wurden Aufbahrungshallen auf mehreren Friedhöfen renoviert und in Betriebsstellen, Filialen sowie in der Zentrale des Unternehmens Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Ab 1. April 1970 stand ein Wagen der Type Mercedes 230 zur Verfügung, der als Glaswagen für Trauerfeiern besonderer Art eingesetzt wird. Der Umbau erfolgte nach den Angaben des Unternehmens, um auch höheren Ansprüchen gerecht zu werden.

Für die Friedhöfe Baumgarten, Hernals, Hietzing, Neustift am Walde, Ottakring und Südwest wurde von der römisch-katholischen Kirche ein zentraler Einsegnungsdienst eingerichtet, um die ordnungsgemäße Durchführung der römisch-katholischen Einsegnungen zu gewährleisten.

Ferner wurden weitere Kühlanlagen auf Friedhöfen eingebaut, weshalb bei rund 35 Prozent der durchgeführten Bestattungen keine Plastikhülle beigelegt zu werden brauchte.

Erwähnenswert ist überdies, daß es notwendig war, infolge der Erhöhung der Honorare der Organisten eine Änderung der Ansätze für fremde Leistungen für Orgel- und Harmoniumspiele vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit konnten die Ansätze der Spiele bei Feuerbestattungsfeiern gesenkt werden, so daß nunmehr für Erd- und Feuerbestattungen einheitliche Ansätze verrechnet werden. Die Partendruckereien erhöhten ihre Preise ab 7. November 1970. Preisänderungen bei den Roh- und Hilfsstoffen für die Metallsargerzeugung sowie bei den Sargeinbettungen zwangen dazu, diese Verkaufspreise zu ändern. Das Ansteigen der Schnittholzpreise hingegen konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen im Sargerzeugungsbetrieb abgefangen werden.

Im September 1970 wurde die als Direktionsverfügung verlaubliche Betriebsordnung des Unternehmens herausgegeben. Diese Betriebsordnung, die von der Direktion im Einvernehmen mit der Personalvertretung erarbeitet wurde, regelt in Ergänzung der bestehenden Gesetze und Verfügungen den reibungslosen Ablauf des Dienstbetriebes bei einem Bestattungsunternehmen. Weiters wurde an dem von der Bundesinnung der Bestatter herausgegebenen Schulungsfilm „Der Weg in die Stille“ mitgewirkt. Eine Kopie dieses Filmes, der zur Schulung der bei Bestattungsunternehmen Tätigen dienen soll, wurde zur Ergänzung des Schulungsprogramms aufgekauft. Die Bediensteten des Unternehmens, vor allem die neu eingetretenen Aufnahmebeamten und das Konduktpersonal, wurden wieder einer besonderen Ausbildung unterzogen.

Rege Mitarbeit in beratender Funktion wurde bei der Ausarbeitung des neuen Leichen- und Bestattungsgesetzes für Wien und anlässlich von Gesprächen über die Gestaltung der WIG 74 geleistet. Zu den weiteren Aufgaben des Unternehmens zählte die Mitarbeit in der Landes- und Bundesinnung der Bestatter, in der Europäischen Bestatterunion und in der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Bestattung. Die Mitgliedschaft in der deutschen Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, in der Funeral Directors Association London und der Preferred Funeral Directors Association USA war weiterhin aufrecht.

Bestattungsfeiern größeren Umfanges, in zeitlicher Reihenfolge angeführt, wurden für folgende Persönlichkeiten veranstaltet:

Dkfm. Dr. *Willi Bouffier*, Hochschulprofessor; Karl *Hruschka*, Schauspieler; *Wilhelmine Moik*, Abgeordnete zum Nationalrat a. D.; Geistlicher Rat *Heinrich Bernauer*, Bischofskoadjutor der altkatholischen Kirche Österreichs i. R.; *Elisabeth Markus-Nikowitz*, Schauspielerin; *Josef Fiedler*, Komponist; *Marlene Haushofer*, Schriftstellerin; Dr. *Hans Schmitz*, em. o. Univ.-Professor; *Friedrich Graf Belrupt-Tissac* O. T., letzter Ritter und Landkomtur des Deutschen Ordens der Ballei; Dr. jur. *Alexander Toldt*, Kabinettsdirektor i. R.; Monsignore *Johann Schneider*, Stadtpfarrer der Pfarre Paulaner in Wien; Hofrat Dr. *Gustav Rotter*, Landesschulinspektor des Stadtschulrates für Wien; Dipl.-Ing. *Gustav Mautner-Markhof*, Industrieller; *Erich Miksch*, Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein; *Emmerich Reimers*, Burgschauspieler; Hofrat *Hans Mandl*, Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter a. D.; wirklicher Hofrat Dr. *Alois Wolf*, Landesamtsdirektor des Burgenlandes; Dipl.-Ing. *Alexander Kothbauer*, Generaldirektor der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG; Vortragender Hofrat Dipl.-Ing. *Alois Houđa*, Baudirektor des Landes Niederösterreich; Dr. *Max Steiner*, Obersenatsrat der Stadt Wien; Dr. *Kurt Frieberger*, Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes i. R.; Hofrat Prof. *Ferdinand Grossmann*, Gründer des Wiener Volkskonservatoriums, und Dr. *Rudolf Gürtler*, Rechtsanwalt.



## Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Im Jahre 1970 konnten die sehr guten Ernteergebnisse des Vorjahres nicht erreicht werden. In den lang andauernden Winter 1969/70 winterte ein Teil des Winterweizens aus, und der Frühjahrsanbau war infolge der erst spät einsetzenden wärmeren Witterung verzögert; es gab daher eine geringere Getreideernte. Im späten Frühling und im Frühsommer traten überdies extreme Witterungsverhältnisse auf. Relativ kühle Perioden wechselten mit Zeiten, in denen hochsommerliche Temperaturen gemessen wurden. Ein überrasches Reifen war die Folge, und es konnten die Grünerbsenflächen nicht zur Gänze abgeerntet werden; Teilflächen von Erbsen mußten bis zur vollen Reife am Feld belassen werden. Insgesamt waren 1.650 ha Getreide, 190 ha Ölfrüchte, 464 ha Hülsenfrüchte, 402 ha Zuckerrüben, 44 ha Zuckerrübensamen, 26 ha Kartoffeln, 136 ha Körnermais, 221 ha Gemüse und 25 ha Futterpflanzen angebaut worden. Von diesen Flächen wurden dann 33 q/ha Winterweizen, 23,8 q/ha Winterroggen, 27,3 q/ha Sommerweizen, 32 q/ha Sommergerste, 25 q/ha Hafer, insgesamt 30,9 q/ha Getreide, 20 q/ha Ölfrüchte, 50,5 q/ha Erbsengrünkorn, 67 q/ha grüne Bohnen, 445,2 q/ha Zuckerrüben, 19 q/ha Zuckerrübensamen, 99 q/ha Spinat, 49.500 Stück/ha Salat, 43.000 Bund/ha Radieschen, 88,5 q/ha Gurken, 144,4 q/ha rote Rüben, 111,2 q/ha Chinakohl und rund 100 Waggon Karotten geerntet.

Von der Weinbaufläche von 20,5 ha wurden insgesamt 1.117 hl Wein gewonnen. Das Leseergebnis war ausnehmend hoch. Es betrug am Cobenzl 73 hl/ha und am Magdalenenhof mit seinen noch nicht volltragenden Flächen 53,5 hl/ha.

Die Schweinehaltung wurde etwas erweitert. In Vösendorf wurde zur bisherigen Schweinezucht auch die Mast aufgenommen. Im Laufe des Jahres 1970 wurden rund 800 Stück Mastschweine an den Markt geliefert und etwa 850 Ferkel an Private verkauft.

Auch der Maschinenpark wurde durch zahlreiche Neuanschaffungen vergrößert. Neben Zugmaschinen wurden verschiedene Vollerntegeräte eingestellt, darunter eine Erbsendreschmaschine, eine Karottenvollerntemaschine und Bohnenpflückmaschinen.

Die Bautätigkeit auf den Gutshöfen beschränkte sich in der Hauptsache auf den Umbau von Arbeiterwohnungen, vornehmlich am Gut Cobenzl und in der Domäne Rutzendorf. Im Gut Vösendorf wurde ein ehemaliger Rinderstall mit verhältnismäßig geringen Kosten in einen Schweinemaststall umgewandelt. Im Gut Laxenburg konnte die Renovierung der Fassaden nahezu abgeschlossen werden.